

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens vorher nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnements 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühren**  
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

### Bur Reform der Schwurgerichte.

Dem Bundesrathe ist ein Entwurf zugegangen über die Reform von Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung. Dieser Entwurf bezieht sich gegenwärtig im Justizauschuss des Bundesraths.

In dem Entwurf sind Vorschläge enthalten zur Reform der Schwurgerichte. Auch wir halten eine Reform dieser Gerichte für recht dringlich. Doch wenn wir die Vorschläge der preussischen Regierung betrachten, so kommt uns eine solche Reform vielmehr als ein Rückschritt vor.

Zunächst soll die Zahl der zum Fällen des Urtheils erforderlichen Geschworenen von 12 auf 6 herabgesetzt werden. Dieses Erachtens würde durch diese Herabsetzung der Zahl des Vertrauens zum Geschworenengericht noch mehr erschüttert werden, als es in zahlreichen Bevölkerungskreisen jetzt der Fall ist. Denn wenn man sich auf den Boden der gegenwärtigen Schwurgerichte stellt, dann repräsentieren zwölf Geschworene doch noch eher ein Volksgericht, als sechs; und wenn auch eine größere Gewähr gegen eine tendenziöse Zusammensetzung der Geschworenenbank, als sechs und wenn auch ihre Selbständigkeit dem richterlichen Elemente gegenüber besser wahren. Dann ist der Einzelne geschützter gegen das Diktum eines verdammenden oder auch freisprechenden Urtheils und auch schon dadurch wird seine Unabhängigkeit gewahrt werden.

Wir würden es deshalb für einen großen Fehler halten, wenn die Zahl der Geschworenen herabgesetzt würde.

erner soll noch eine Bestimmung aufgenommen werden, welche die Befugnisse der Geschworenen wesentlich beschränkt. Gegenwärtig kann nur ein einstimmiger Beschluss des Richterkollegiums das zu Ungunsten des Angeklagten gefällte Urtheil laffiren und den Fall vor ein anderes Schwurgericht verweisen. Nach dem neuen Entwurf soll hierzu die einfache Majorität des Kollegiums genügen. Dadurch aber würde das richterliche Element dominirend, die Majorität des Richterkollegiums würde der Majorität des Volksgerichts direkt übergeordnet werden.

Wenn sich dadurch auch die Position des Angeklagten etwas bessern würde, so würde aber die Autorität des Volksgerichts in demselben, ja in weit höherem Maße geschwächt werden.

Wir sprechen hier vom Volksgericht, welches die Schwurgerichte bilden sollen, welches sie aber leider nicht bilden und wenn die Reformvorschläge der preussischen Regierung von Bundesrath und Reichstag angenommen werden sollten, noch weniger bilden würden.

Und da kommen wir an den Punkt, in welchem wir den Reformhebel ansehen möchten.

Die Mitglieder der Schwurgerichte werden von den Behörden ernannt und zwar aus den mehr oder weniger Besizenden einer Stadt oder eines Kreises. Zu der Velleidung des Geschworenenamts ist eine bestimmte Steuerhöhe erforderlich. Kenntnisse, Talent, Charakter berechtigen ohne den leibigen Besitz nicht zu dem Geschworenenamt. Die Unabhängigkeit und noch viel weniger der nöthige Verstand sind aber an den Besitz nicht gebunden.

So kommt es häufig genug vor, daß man bei zahlreichen Geschworenen die Frage aufzuwerfen berechtigt ist, ob sie auch die Fähigkeiten besitzen, ihres Amtes voll und ganz zu warten.

Und die zweite Frage ist dann doch auch naturgemäß die: vertreten denn die Besitzenden allein das Volk?

Der Reichstag, der höchste gesetzgebende Körper des Vaterlandes ist nicht so exklusiv, wie die Geschworenenbank. Zum Reichstagsabgeordneten kann auch der Besitzlose gewählt werden und es werden in den Reichstag Personen gewählt, die nach den bestehenden Gesetzen das Recht und die „Befähigung“ nicht haben, als Geschworene zu fungiren. Das ist in der That ein Nonsens!

Deshalb geht unser Vorschlag dahin, die Geschworenenbank aus Allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehen zu lassen. Die Bedingungen mögen dieselben, wie bei den Reichstagswahlen sein.

Dann würde man befähigte Geschworene erhalten; zu solchen Geschworenen würde das ganze Volk Vertrauen haben und wirkliche Volksgerichte würden Urtheil und Recht sprechen.

Die meisten Vergehen und Verbrechen sind diejenigen wider das Eigenthum. Sicherlich halten auch wir diese Vergehen und Verbrechen für verdammenstwerth und den strengsten Gesetzen unterworfen. Aber da diese Verbrechen meist durch Besitzlose begangen werden, so erscheint es mehr als fraglich, ob die Aburtheilung derselben lediglich durch Besitzende den Rechtsanschauungen des Volkes entspricht.

Und auch bei allen anderen Vergehen und Verbrechen ist es richtig, wenn die erwählten Vertrauensmänner des Volkes das Urtheil sprechen. Dadurch wird das Rechtsbewußtsein des Volkes gehoben, und wir haben die feste Ueberzeugung, daß durch die Rechtsprechung der Volksgerichte die Vergehen und Verbrechen vermindert würden. Noch wollen wir bemerken, daß es dann auch als selbstverständlich anerkannt werden müßte, daß außer Uebertretungen und Bagatelvergehen alle Kriminalfälle, be-

sonders auch die sogenannten politischen Vergehen und Verbrechen den Volksgerichten überwiesen werden müßten.

Niemand aber würde sich besser bei diesem Verfahren befinden, als die Regierung, das heißt als die Regierung, welche sich auf das Volk stützt. Und sollte vielleicht auch ab und zu ein sogenannter politischer „Verbrecher“ freigesprochen werden, jede Verurtheilung aber durch das Volksgericht würde dem wegen politischen Vergehens Verurtheilten den Nimbus rauben, während jetzt durch Verurtheilung des Richterkollegiums ein politischer „Verbrecher“ in der Achtung nicht nur seiner Gesinnungsgeoffnen gemeinlich noch emporsteigt.

Wir glauben, daß in der That die von uns angebeutete Reform der Schwurgerichte segensreich für Volk und Vaterland sein würde. Die jetzt im Bundesrath geplante ist es nicht. Bei unserer Reform können wir uns nebenbei noch den Gläubigen gegenüber auf den alten, frommen Spruch stützen:

„Volles Stimme ist Gottes Stimme.“

### Bur Erhöhung der Getreidezölle.

Alle politischen Fragen, selbst diejenige der Kolonialpolitik, treten momentan juristisch vor den politischen Fragen, die der neue im Reichstage verhandelte Zolltarif angeregt hat.

Neben der ungemessenen Erhöhung der Holzölle sind es die Getreidezölle, die vorzugsweise das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen. Schon seit Jahren lamentiren die Landwirthe über den schlechten Stand der Landwirtschaft, in allen Lokalen jammern sie über das Sinken der Getreidepreise und über den geringen Verdienst, den sie erzielen.

Nun ist es aber merkwürdig, daß gegenwärtig gerade in denjenigen Gegenden das lauteste Geschrei ertönt, in denen Jahre lang das wenigste Korn gebaut wurde, in denen vielmehr durch den Bau der Eisenbahnen, welcher der Landwirtschaft ungemein hohe Procente eingebracht hat, ein förmlicher Ackerbau getrieben worden ist. Jahrelang sind der Zuckerindustrie, mit welcher der Ackerbau zusammenhängt, durch das deutsche Reich, indem dasselbe eine ungerechtfertigte Rückvergütung der Steuer zuleist, viele Millionen in den Schooß geworfen worden, so daß sich der deutsche Landwirth mit habgierigem Fanatismus auf den Zuckertübeln warf.

Dieser riesigen Konkurrenz erlag die junge Industrie. Trotz der Staatshilfe wurde sie durch die wahnstänige Ueberproduktion in den Staub gerissen und ist für mehrere Jahre lahmgelegt.

Nun jammert man nach Getreidezölle, und die Regierung will eine Zollserhöhung auf Roggen und Weizen bis auf 2 resp. 3 M. herbeiführen. Nimmt man noch die Erhöhung des Holles auf Mehl hinzu, so wird die Steigerung der Ausgabe, den ein Theil, der ärmere Theil der Bevölkerung, zu Gunsten eines anderen, des wohlhabenderen Theils der Bevölkerung, zu tragen hat, sich auf ca. 60 Millionen Mark belaufen.

macht, genau paßt auf die Persönlichkeit, welche vorzestern auf eine so eigenthümliche Weise aus Inverneß verschwand?

„Ganz recht!“ bestätigte Mr. Cabry. „Ich habe sie genau gesehen, diese Frau. Sie trug ein goldenes Kreuz um den Hals und einen goldenen Pfeil im Haar. . . . Aber sie hatte doch mit einer Herze keine Aehnlichkeit, denn sie trug nicht schlechte, oder gar mangelhafte Kleidung.“

„Was hat es mit dem Verschwinden dieser Frau für eine Bewandniß?“ fragte der Wirth neugierig. „Bitte, erzählen Sie von der Frau, die Sie in Inverneß sahen.“

„Es war vorzestern ein gräßliches Schneewetter, so daß es für uns und jeden anderen Menschen unmöglich war, unsern Weg fortzusetzen. Wir mußten in Inverneß übernachten, und blieben dort in dem Gasthose. Spät am Abend hält eine Miethskutsche an. Eine Frau steigt aus, verlangt ein Zimmer und bezahlte ihre Rechnung für die Nacht im Voraus. Wir sahen Beide diese Frau. Sie schien eine Dame der höheren Stände zu sein. Sie trug ein goldenes Kreuz um den Hals und einen goldenen Pfeil im Haar. Ich sah sie ganz genau, denn ich begegnete ihr auf dem Gange, während sie sich in ihr Zimmer begab. Ich betrachtete sie sehr genau, denn auffallend bleibt es doch immer, daß bei solchem Wetter eine Dame allein reist. Ich dachte bei mir, es gehört viel Mourage und eine eiserne Gesundheit dazu, bei solchem Wetter eine Reise zu unternehmen.“

„Die Dame übernachtete mit Ihnen in demselben Gasthose?“

„Übernachtete? . . . Das kann man so eigentlich nicht sagen. Als das Kammermädchen am andern Morgen in ihr Zimmer trat, war sie verschwunden.“

„Sie hat sich während der Nacht entfernt? Und bei dem Wetter?“

„Das ist ja eben das Auffallende! Bei dem Wetter hat sie sich entfernt, und Niemand hat davon etwas gesehen, daß ein Fuhrwerk sie erwartet hätte. Sie muß also zu Fuß das Haus und vielleicht die Stadt verlassen haben.“

### Feuilleton.

#### Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dug.

(Fortsetzung.)

„Erlauben Sie, Mr. Knog,“ sagte der Aeltere, ehe er sich nach dem Feuerschein griff, „der meine Augen an. Sie wissen, man ist durch das lange Arbeiten empfindlich gegen das helle Licht.“

Er griff mit diesen Worten in die Tasche seines Mantels, zog einen mächtigen, grünen Schirm heraus, freiste denselben über sein dünnes grau melirtes Haar, und nahm nun auf dem beweglichen Sitz neben dem Romin Platz, wo sein jüngerer Begleiter es sich bereits bequem gemacht hatte. Der Wirth gestellte sich zu ihnen, auch er mit einem Glase Punsch versehen, und ließ sich angelegen sein, seine Gäste zu unterhalten.

„Also Amtsgeschäfte führen Sie hierher?“ fragte er. „Natürlich, bei solchem Wetter macht sich der Herr Sheriff nicht selber auf den Weg, da schickt er seine Leute. Es ist wirklich ein Ereigniß, wenn in Schottland in dieser Jahreszeit die Leute reisen.“

„Ja, ja, angenehm ist's nicht,“ erwiderte Raydor, „und wenn man's nicht hätte um den Unterhalt des Lebens, so würde man solche Reise nicht unternehmen; aber ich habe eine Mutter und eine Schwester zu unterhalten, und darf nicht die zwanzig Schillinge nicht verlieren, die ich jede Woche Gehalt bekomme, da muß man auch schon solche Strapazen unternehmen.“

„Aber, mich schaudert, wenn ich an den Weg denke. Aber nun sind Sie wenigstens zu Pferde, da geht's noch; aber man sollte kaum glauben, daß es möglich ist, daß jemand um diese Jahreszeit zu Fuß durch die Berge wandert.“

„Zu Fuß? Pah, Sie scherzen, Mr. Knog!“

„O, nein! Die Herze, die um diese Jahreszeit unsere Gegend hier durchstreift, ist nicht allein zu Fuß, sondern sogar sehr mangelhaft bekleidet.“

„Was, eine Herze hier in diesen Gegenden? . . .“

Vortrefflich, Mr. Knog! zu einem solchen Wetter in der Nacht, bei einem Kaminfeuer, da passen Herzengeschichten am besten. — Erzählen Sie weiter von Ihrer Herze.“

Die Gesellschaft am Kamin bemerkte nicht, daß die beiden Fremden, welche am anderen Ende des Zimmers verborgen saßen, da der matte Schein der Dellampe kaum bis auf ihren Platz drang, mit eigenthümlichem Interesse auf diese Unterredung lauschten.

„Sie glauben, ich erzähle Ihnen ein Märchen,“ fuhr der Wirth fort; „ich spreche aber die reine Wahrheit. Sie können darnach jeden Bewohner von Blackfield fragen, daß drei Wochen lang um die Weihnachtszeit, eine alte Frau, die man hier schlechtweg die schwarze Herze nennt, die Berge durchstreift.“

„Eine Bettlerin,“ meinte Mr. Cambry.

„Durchaus nicht!“ versetzte der Wirth, „sie bittelt nicht; wovon sie sich nährt, weiß man nicht. Einige sagen, daß sie Kräuter und Wurzeln unter dem Schnee hervor-scharrt; Andere wollen gesehen haben, daß sie sich ein Kaninchen fange, es nothdürftig am Feuer brate und verzehre. . . . Ich sage Ihnen, es schwebt ein Geheimniß über diese Frau, das kein Mensch ergünden kann.“

„Mich wundert, daß sie nicht schon einmal aufgegriffen ist; Landstreicher pflegt man ja nicht zu dulden.“

„Ja, läßt sie sich denn aufgreifen? . . . Wenn sie einen Verfolger wittert, so verschwindet sie in den Schluchten, in den Bergen und Wäldern, daß Niemand ihr folgen kann. O, sie kennt jeden Fuß breit Landes hier in diesen Gegenden, und wer es unternehmen würde, ihr in der Eile, mit welcher sie flieht, zu folgen, würde sicherlich den Hals brechen. . . . Aber man hat sie vielfach aus der Ferne gesehen, und daß sie keine gewöhnliche Landstreicherin ist, darauf schwören Alle, die sie gesehen haben. Sie trägt ein goldenes Kreuz um den Hals und eine goldene Nadel im Haar; also so arm, daß sie sich nicht ordentlich kleiden und ernähren könnte, ist sie nicht.“

„Was Teufel, Herr Knog! das klingt ja wunderbar, was Sie da sagen!“ rief Mr. Raydor. „Wissen Sie“ — wandte er sich an seinen ältern Kollegen, — „daß die Beschreibung, die uns Herr Knog von der schwarzen Herze

Die Hälfte nimmt davon das Reich, die andere Hälfte vorzugsweise die Großgrundbesitzer.

Das wir uns gegen die Erhöhung des Getreidezollens erklären, weil darunter der kleine Mann besonders leidet, ist selbstverständlich. Auch ist es unseren Lesern bekannt, daß wir Gegner aller Bülle und Steuern sind, welche auf die notwendigsten Bedürfnisse der Arbeiter gelegt werden, so der Salzsteuer, des Petroleumzollens, des Zolles auf Kaffee, auf Schmalz u. s. w.

Alle diese Steuern und Bülle belasten das arme Volk in härtester Weise, sie drücken progressiv nach unten.

Auch ist es durchaus nicht wahr, daß die Bodenrente seit Jahr und Tag immer gefallen sei. Die Preise der Güter sind nämlich im fortwährenden Steigen begriffen und die Pacht steigt gleichfalls.

Daß zahlreiche Güter unter den Hammer kommen, daran ist vielfach die Unfähigkeit und die Verschwendungssucht ihrer Besitzer schuld. Man ruft in diesen Kreisen immer den Arbeitern zu, fleißig und sparsam zu sein und sich nach der Decke zu strecken — wollen sich die Herren nur an der eigenen Nase krapfen, wollen sie nur für sich diese Mahnung beachten, dann brauchen sie nicht immer das Reich um Hilfe anzurufen, das ihnen auf dem Präsentirteller daares Geld und zwar aus den Taschen ihrer Mitbürger geben soll.

Das ist wahrlich keine schöne Art Sozial-Reform, welche den Wohlhabenden auf Kosten des Armen noch unterstützen will.

Unser Standpunkt nun ist bei solchen Steuerfragen ein vollständig korrekter — wir stellen uns auf die Seite des ärmeren Theils des Volkes, wie wir dies überhaupt thun.

Aber auch die Deutsch-Freisinnigen und Liberalen greifen die Kornzölle heftig an und betonen dabei fortwährend den „armen Mann“, für den sie eintreten wollen. Wir aber glauben, daß bei diesen Parteien der „arme Mann“ nur eine vorgeschobene Person ist, welche den eigentlichen Grund der Agitation gegen die Kornzölle verdecken soll.

Wie die konservative Partei die legitime Vertreterin des Grundbesitzes ist, so ist die liberale Partei die Vertreterin des mobilen Kapitals, des Handels. Aus diesem Grunde schon ist sie eine Gegnerin aller Zollschranken, welche den Handel beengen. Und gerade der Getreidehandel spielt eine große Rolle in den nördlichen Hafenstädten, wie in den größeren Städten überhaupt, wo die Liberalen im sogenannten Bürgerthum (Kaufmannschaft) ihre meisten Anhänger zählen.

Durch den Kornzoll aber häufen die Handelsleute manche Vortheile ein, und nicht nur die Handelsleute, sondern auch besonders die größeren Bäckereien.

So hat die „Berliner Brotsfabrik“ im vorigen Jahre trotz der enorm niedrigen Getreidepreise, oder besser gesagt, wegen derselben, eine Jahresdividende von 15 1/2 Prozent (im Vorjahre 14 Prozent) auszahlen können. Das konnte nur dadurch geschehen, daß trotz der niedrigen Kornpreise ein verhältnismäßig hoher Brotpreis erzielt wurde.

Bei niedrigen Kornpreisen kann der Händler und auch der Bäcker einen höheren Zuschlag machen, als bei hohem Kornpreise. Im ersteren Falle zahlt das Volk den Zuschlag leichten Herzens, im zweiten Falle aber kann es denselben nicht zahlen und schränkt sich ein.

Hieraus sieht man, daß das eigene Interesse des mobilen Kapitals es erheischt, erstens die Zollschranken zu beseitigen und zweitens billige, gangbare Waare in den Handel zu bekommen.

Der „arme Mann“ muß also immer erhalten. Es ist nur noch merkwürdig, daß die Getreidezöllner nicht auch schon sagen, die Kornzollerhöhung geschähe im Interesse des „armen Mannes“, andeuten thun sie es schon, indem sie bemerken, daß in demselben oder gar in höherem Maße, wie das Korn im Preise steige, auch der Arbeitslohn sich erhöhe. Die Leute suchen in ihrem Interesse das sogenannte „eherne ökonomische Lohngesetz“ anzuführen, bedenken nur nicht, daß dabei Jahre des Elends und der Noth vergehen, ehe der Lohn sich den Preisen der notwendigsten Bedürfnisse wieder angepaßt hat und daß derselbe beim Sinken der Lebensmittelpreise viel schneller münkt, als er beim Steigen der Preise nachsteigt.

Das sind eben die Schwankungen jenes Geseges, die immer zum Nachtheile der wirtschaftlich Beherrschten ausfallen.

Wir haben nun gezeigt, daß der erbitterte Kampf zwischen den Antiszollzöllnern und den Kornzöllnern ein Interessenkampf zwischen dem immobilien Kapital und dem mobilen ist. Wenngleich sich die Arbeiter in diesem Kampfe auf Seite des letzteren zu stellen haben, so sind sie demselben doch zu keinem Dank verpflichtet, weil dasselbe seine eigenen Interessen vertritt und rein zufällig in diesem einen Punkte die Interessen der Arbeiter mit den Interessen des mobilen Kapitals zusammenfallen.

Zum Schlusse betonen wir, daß die indirekten Steuern und Bülle, besonders auf Volksbedürfnisse gelegt, die Arbeiterklasse mehr bedrücken als alle übrigen Klassen, und daß die

einzige rationelle und gerechte Steuer die progressive Einkommensteuer ist, für deren Einführung sich aber die Vertreter des immobilien Kapitals sowohl, als die des mobilen energisch bedanken.

## Politische Uebersicht.

Die Zolldebatte im Reichstage dehnt sich länger aus, als man zuerst glaubte. Das Eingreifen des Fürsten Bismarck in eine Debatte hat immer die Folge, daß zahlreiche Erwiderungen hervorgerufen. Neue Gesichtspunkte hat übrigens der Kanzler so wenig als die übrigen Redner finden können, da gerade die Zollfragen im Reichstage oft genug eingehend besprochen worden sind. Das Interessanteste an der Rede des Kanzlers war wohl der Schluß, indem er erklärte, daß er den Schutz wolle für die Armen und die Reichen. — Alles Reden aber hilft in diesen Fragen nichts mehr. Zentrum und Konservative — die „Reichsfeinde“ und die „Reichsfreunde“ par excellence, haben sich für die Erhöhung der Getreide- und Holzölle erklärt — und damit ist die Sache abgemacht. Der so viel umworbene „arme Mann“ mag sich bei den Herren bedanken. Besser aber wäre es für das Volk, wenn es bei den nächsten Wahlen eine liberal-konservative Majorität verhinderte.

Zu der gestrigen Rede des Reichskanzlers über die Bülle bemerkt die „Nat.-Ztg.“: „Auch Fürst Bismarck beobachtete die kühle Haltung, welche die Diskussion bis dahin größtentheils gekennzeichnet hatte, bis auf den Schluß seiner Rede, in welchem die Gegner, natürlich die außerhalb des Hauses, der „Verlogenheit“ bezichtigt wurden. Welcher Vortheil von derartigen Wendungen erwartet werden kann, ist uns unklar, da die Opposition dieselben ja eben so gut anwenden kann. Fürst Bismarck konzentrierte, als der erprobte parlamentarische Taktiker, der er ist, alle Kräfte auf die Verteidigung der schwächsten Stelle der Vorlage: er wollte die Grundlosigkeit des Vorwurfs, daß dieselbe nur dem Großgrundbesitzer nützlich werde, dazuhin. Betreffs der Getreidezölle, welche heute fast ausschließlich erörtert wurden, führte er deshalb u. A. aus, daß der kleine Grundbesitzer, welcher nach der Behauptung der Opposition keinen Nutzen von den Bülle haben soll, weil er nur so viel Getreide baue, wie er selbst verbrauche, dasselbe nicht direkt konsumiere; auch er verkaufe seinen Roggen und laufe Brod, das Selbstbrot komme auch auf dem Lande immer mehr ab. — Wir brauchen nicht zu untersuchen, wie weit diese Veränderung der Seite bereits vollzogen ist, denn sie scheint uns an der Sachlage, auf welche es hier ankommt, nichts zu ändern; wenn der kleine Landbesitzer seinen Roggen zu einem durch den Zoll erhöhten Preis verkauft, so wird er auch für sein Brod einen entsprechend erhöhten Preis bezahlen — man mühte denn etwa annehmen, daß der Müller und der Bäcker nicht nur den Preis der Umwandlung des Roggens in Brod umsonst besorgen, sondern dem Roggen-Produzenten noch etwas zugeben.“

In Kamerun soll eine ständige Garnison plaziert werden; zu diesem Zweck wird das aus der Liste der aktiven Kriegsfahrzeuge gestrichene Schiff „Hertha“, welches sich gegenwärtig in Kiel befindet, zu einem Kasernenschiff für 800 Mann hergerichtet, um demnächst nach Kamerun geschleppt zu werden.

Die Kongo-Konferenz scheint die Frage nicht gelöst zu haben, welche zu ihrer Einberufung Veranlassung gab. So schreibt z. B. die „Arcus-Ztg.“ — welche doch bekanntlich ihre Fühlhörner gut ausstrecken kann — Folgendes: Es verbreitet sich jetzt in den betheiligten Kreisen die Ansicht, daß etwas an dem Kongo geschehen sei, was wahrscheinlich zunächst nach zwei Seiten hin ausgelegt werden kann. Sollte Portugal wirklich sich zu einem Gewaltschritte haben hinreihen lassen, so würde nach vielerbreiteter Ansicht die Gründung des Kongo-Staates unmöglich werden; denn die Kongo-Gesellschaft kann auf einem Gebiet, das ohne Küsten und eigene Einnahmen nicht lebensfähig ist, große Opfer und Anstrengungen nicht weiter verwenden. Mit der Besitzergreifung der Kongomündung würden auch die letzten zahlreichen Faktoreien, aus denen noch eine Einnahme für Ausfuhrwaaren zu ziehen wäre, an Portugal fallen. Entsteht aber kein Kongo-Staat, so hängt die Ausführung des Beschlusses der westafrikanischen Konferenz über die Handelsfreiheit im Kongoboden vollständig in der Luft. Die Kongofrage war dann vergebens auf das Programm der Konferenz gesetzt, und man könnte sie wieder als eine erloschene von den Tagesfragen streichen. Schon mit Rücksicht auf das Ansehen der von allen Mächten beschickten Konferenz ist es unbedenklich, daß die Mächte hierbei nicht energischere Schritte thun. Aus ganz einfachen Schlussfolgerungen ergibt sich die Gewißheit, daß Portugal auf einem zusammenhängenden Gebiete nicht nordwärts unbedingten Freihandel und im südlichen Theile ausgeprägtes Schutzvölligen wälten lassen kann. Wird auch die Affabonere Kolonialverwaltung nicht gegen den Beschluß der Konferenz über das Verbot der Einfuhrzölle direkt verstoßen, so giebt es doch zahlreiche andere Mittel, um durch aller-

sagt mir, ich muß der Spur jener unglücklichen Frau folgen, welche hier im Schnee der Gebirge umherirrt. — Ist sie nicht meine Mutter, nun, so habe ich immerhin die Pflicht, keine Anstrengung gescheut zu haben, um sie aufzufinden. . . . Ich weiß alsdann, daß ich meine Nachforschungen nach einer andern Seite hin zu richten habe.“

„Ich bleibe dabei, daß wir die einzig richtigen Aufschlüsse in Davistown erhalten.“

„Die Hoffnung habe ich fast aufgegeben. Mir schien es gerade, als ob man dort absichtlich jede Auskunft verweigere. — War es nicht schon im höchsten Grade auffällig, daß Mylady unter allen Umständen ablehnte, mich zu empfangen? Ist Dir nicht auch das verschlossene, scheue Wesen der Haushofmeisterin und des Oberamtmanns aufgefallen?“

„Das Benehmen der beiden Personen ist mir in der That aufgefallen; aber ich halte es dennoch nicht für unmöglich, denselben die Junge zu lösen; denn einem schlaun angelegten Kreuzverhör sind sie Beide nicht gewachsen, wenigstens scheint mir der Oberamtmann dazu nicht pfiffig genug.“

Der Zufall, der es oft merkwürdig fügt, daß die Person, von welcher man eben spricht, erscheint, waltete auch hier.

Es hätten wohl weder der Wirth, noch auch die beiden jungen Leute, noch auch die beiden Schreiber des Sheriffs-Amtes vermuthet, daß in diesem Augenblicke Mr. Harriers, der Oberamtmann von Davistown, in eigener Person eintreten würde.

Das war ein merkwürdiger Tag für Mr. Knog. So viel Gäste, und noch dazu distinguirte Gäste, an einem Wintertage, hatte sein Hotel noch nicht beherbergt.

Er traute fast seinen Augen kaum, als der Mann welcher eintrat, den Pelztragen seines Mantels zurückschlug, und er ihn erkannte.

„O, diese Ehre, Mr. Harriers! rief der Wirth; „daß Sie mein Haus besuchen, ist mir lange nicht widerfahren, und auf dieselbe hätte ich heute am allerwenigsten gerech-

hand andere Auflagen und Placateien den Freihandel illusorisch zu machen.

Zu dem Gesekentwurf, betreffend die Pensionirung der Volksschullehrer, wird offiziös geschrieben: „So lang nicht ein Beschluß des anderen gesetzgebenden Faktors vorliegt, kann von ihr (der Regierung) jedenfalls eine bindende Erklärung nicht beansprucht werden. Es wäre ihrerseits völlig unangebracht und ihrer Stellung nicht angemessen, wenn sie schon bei den Kommissionsverhandlungen über die Frage der Annahme oder Nichtannahme präjudiziell äußern wollte. Wenn ein greifbares Ergebnis der gesetzgeberischen Initiation, also ein Plenarbeschluß vorliegt, wird es für die Staatsregierung an der Zeit sein, sich über die Materie schlüssig zu machen. Inzwischen wird es aber auch völlig genügen, wenn ihre Vertreter redlich mitwirken, daß der Entwurf so gestaltet wird, materiell wie formell, wie die Staatsregierung denselben für den Fall ihrer Zustimmung für richtig halten würde, insbesondere durch Aufschlüsse thatsächlicher und rechtlicher Natur die Beschlußfassung fördern.“ — Die Regierung will also erabwarten, was die Volkvertretung beschließt und dann ihre Meinung endgiltig äußern.

Die geplanten „Schutzzölle“ gaben bereits den Nachbarn Staaten Anlaß, Einrichtungen zu treffen, welche ihnen ermöglichen, die bis jetzt über die deutsche Grenze ausgeführten Waaren in Zukunft direkt aus dem eigenen Lande auszuführen. Schon bisher haben Danzig und Königsberg einen bedeutenden Theil ihres russischen Verkehrs an die russische Hafenstädte Vibau abgeben müssen und nach einer der „Danz. Ztg.“ von Rowno (Rußland) ausgehenden Nachricht droht in dieser Beziehung eine neue Maßregel. Der Gewährungsmann des Danziger Blattes schreibt unter dem 8. Februar: „Auf die Nachricht, daß der deutsche Bundesrath die Erhöhung der Getreide- und Holzölle beschlossen habe, hat die russische Regierung angenommen, daß sowohl der Dubischka-Ström (ein Nebenfluß der Memel) sowie sämtliche nach Vibau zu fließenden kleinen Flüsse tiefer und mit Kanälen verbunden werden sollen. Auf diese Weise will man eine nach Vibau führende schiffbare Wasserstraße schaffen, um die Monopolisirung Vibaus, welche bisher durch billige Eisendampfer noch nicht ganz zu erreichen war, dadurch möglichst zu vollenden. Es sollen bereits alle Veranstaltungen getroffen sein, um die Flußregulirungs- und Kanalarbeitsarbeiten sofort in Submision zu vergebren, wenn der deutsche Reichstag die erhöhten Getreide- und Holzölle beschließt.“

Die Entwerthung des Geldes. Die „Schlesische Zeitung“, ein angeesehenes konservatives Blatt bringt unter dem vorgenannten Ueberschrift einen Artikel, der eine vermittelnde Kritik der Erhöhung der Getreide- und anderer Bülle enthält. Die Preissteigerung nothwendiger Bedürfnisgegenstände, welche durch Zollerhöhungen u. s. w. gefördert wird, ist nach der Entwerthung des Geldes gleichbedeutend. Daraus schließt der genannte Blatt: „Alle Ersparnisse der Beamten würden in dem gleichen Maße herabgemindert werden. In den deutschen Sparkassen sind Milliarden angelegt; zu gefallen sich die großen in Hypotheken, in Lebensversicherungen u. angelegten Summen. Die Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten und überhaupt aller kritischen Existenzen würden sich noch unvollständiger erweisen, als sie es heute durchschon sind; die Pensionen der Wittwen und Waisen, der Invaliden der Arbeit, die Fundationen zu Bildungs- und Wohlthätigkeitszwecken — Alles würde in demselben Maße gedrückt werden, in welchem der Geldwerth sinkt. Auch die große Gesamtheit würde von der furchtbaren Wirkung einer Entwerthung des Geldes betroffen werden; selbstverständlich könnten Reichs- und Staatsbeamte nicht unberührt bleiben. Mag man Beamte, Offiziere, Geistliche und Lehrer auch zu den äußersten Schranken zwingen, so wird man doch unmöglich die große Zahl derjenigen hinwegweisen dürfen, welche auf Seiten des Staates bereits auf ein Existenzminimum angewiesen sind. Für die Hunderttausende von Unterbeamten, die zehnten Hunderttausende von Unteroffizieren und Soldaten, alle Inassen von Armen, Arbeits-, Irren- und Strafbauwärden höhere Aufwendungen unabweisbar sein. Außerdem würde für die Herstellung und Unterhaltung öffentlicher Werke im weitesten Sinne des Wortes ein sehr bedeutendes Mittel Anlag zu bringen sein. Die Steuern würden also jedesmal in nahezu demselben Verhältnis wachsen müssen, in der Geldwerth sinkt, und wenn auch die Steuerkraft Industriellen und Gutbesitzer in gleichem, ja in noch höherem Maße steigen sollte — wo bliebe die beglückende Bereicherung? Hätte doch die Gesamtheit die wachsende Last gleichmäßig zu tragen.“ — Das ist allerdings eine bittere Bülle, die das konservative Blatt den Agrariern und Böllnern reicht — aber wird mit Gleichmuth verschluckt werden, da dem Interesse der Herren durch die erhöhten Bülle genügt wird. Da immer aller Hinweis auf die Gesamtheit.

## Frankreich.

Der Constans'sche Antrag, betreffend Einführung des Listenvorfahrens für die Deputirtenwahlen, soll erst nach dem auf die Tagesordnung kommen. Wie verlautet bestehen

net . . . Geben Sie Ihren Mantel her, Mr. Harriers nehmen Sie hier am Feuer Platz, Sie finden hier alle Bekannte. Erkennen Sie nicht Mr. Cambry und Mr. Raybor, die Schreiber vom Sherifamte des Herrn World? Sie kennen die Herren doch?“

Es war nicht nöthig, daß Mr. Cambry seinen grauen Augenschirm in die Höhe hob.

Mr. Harriers hatte das dürre, von hundert Jahren und Fältchen überdeckte Antlitz des alten im Bureau des Sherifamtes ergrauten Schreibers bereits erkannt, er kannte auch Mr. Raybor, dessen Mutter ja oft in den vertraulichen Theegesellschaften, die der Ober-Amtmann Mr. Braddon gaben, zugegen gewesen waren; und die Mutter des jungen Rannes und Mrs. Braddon waren vertraute Freundinnen gewesen.

Mr. Harriers begrüßte die beiden alten Bekannten daher mit Herzlichkeit und wurde auch ihrerseits ebenso willkommen. Ein Glas Bunsch, das der Wirth dem Mr. Harriers angedenommen sofort vorsetzte, führte die kleine Gesellschaft noch näher zusammen.

Das Erste, was man sprach, waren natürlich Anknüpfungen über die Ursachen dieses wunderbaren Zusammenstehens. Mr. Cambry wiederholte, was er schon dem Wirth gesagt, daß er mit seinem jüngeren Kollegen Amtsgeschäften hier sei, daß Mr. World ihn bewilligt habe, ein Protokoll aufzunehmen, da Mr. World bei diesem Weiler und zu dieser Jahreszeit keine so und beschwerliche Reise zu unternehmen vermöge.

„Was für Amtsgeschäfte aber haben Sie in diesem Weiden, welche gar nicht zu Ihrem Bezirke gehört?“ fragte Harriers ein wenig erstaunt.

Es ist ein Mann, der ehemals in Davistown Diensten stand — Sie müssen ihn ja kennen, Mr. World, den Sekretär des seligen Lord Davis — hier in Davistown.“

„Ich weiß, ich weiß,“ unterbrach ihn der Oberamtmann, „er verließ den Dienst gleich nach dem Tode unseres Königs, und lebt seit jener Zeit hier in Bladfield.“

„Ganz recht; der Mann wünscht, da er jetzt im

„Das ist sehr merkwürdig!“ erklärte der Wirth. „Wer weiß, ob Sie nicht gar die schwarze Herze selbst gesehen haben?“

„Gott bewahre!“ antwortete der Erzähler. „Ich sage Ihnen ja, daß die Dame recht gut winterlich ausgestattet, und nicht wie eine Herze ärmlich und dürftig belleidet war.“

„Hm! Es giebt aber zu denken, denn ich sagte Ihnen ja schon, daß über dieser Herze ein Geheimniß schwebt. Jedenfalls ist das, was Sie von dem goldenen Kreuz und dem goldenen Pfeil erzählen, sehr auffällig.“

„Sehr auffällig!“ wiederholte einer der beiden jungen Leute, welche am andern Ende des Gastzimmers saßen, und ihre Sinne zu äußerster Schärfe angespannt hatten, um kein Wort dieser Unterredung zu verlieren.

„Das ist die Frau, Maz, welche ich sah, und von welcher ich überzeugt bin, daß es Diejenige ist, die ich suche.“

„Unmöglich wäre es nicht! Feliz,“ erwiderte der Andere. „Bei mir spricht nun nicht das Gefühl mit, das Dir innewohnt, die geheime Stimme der Natur, von welcher einige Leute wissen wollen; bei mir sprechen lediglich die Thatfachen, und diese scheinen mir in der That doch nicht ganz ausreichend, Dich auf die Vermuthung zu bringen, daß die Frau, von welcher Jene da sprechen, Deine Mutter ist. Es ist möglich, daß sie lebt, es ist auch möglich, daß sie sehr arm, eine Bettlerin ist.“

„Aber Du hörtest ja, daß die Frau, von welcher sie sprechen, keine Bettlerin ist, daß sie trotz ihrer ärmlichen Kleidung Schmucksachen trägt.“

„Mir scheint das Alles leere Faselerei. . . . Die Leute hier im Gebirge sind abergläubisch, und dies sind einfache Wintermärchen, die sich vorzüglich an einem schauerlichen Winterabend am Kaminfeuer anhören, aber die doch für Deine Nachforschungen nicht maßgebend sein dürfen.“

„Du magst Recht haben, Maz; aber eine innere Stimme, das, was Du die Stimme der Natur nanntest,

einige Sch...  
Konstanz...  
Bismarck...  
Danzig...  
Königsberg...  
Vibau...  
Rowno...  
Danz. Ztg...  
Schlesische...  
Frankreich...  
Constans...  
Harriers...  
Cambry...  
Raybor...  
World...  
Braddon...  
Bladfield...  
Davistown...  
Maz...  
Feliz...  
Kaminfeuer...  
Stimme der...  
Natur...

...Schwierigkeiten hinsichtlich der Zahl der Deputierten. ...

Der Senat hat gestern den § 1 des Entwurfs ...

...in der Deputiertenkammer wurde über die Erhöhung der ...

**Großbritannien.**

Unter den englischen Arbeitern bricht sich der Ocean, daß ...

Den Befehl über das für Suakin bestimmte englische Ex- ...

**Kommunales.**

**Hundsteuer.** Der Magistrat wird jetzt seine so oft schon ...

...liegt, oder wenigstens dem Tode nahe ist, gewisse Be- ...

...in derselben Angelegenheit hier. Der Mann hat sich ...

...wenn eine wildfremde Person als Zeuge hinzugezogen würde. ...

...ja, meine Mutter spricht auch noch oft mit ...

...Man sprach davon, bemerkte der Wirth, daß Sie ...

...Wir wollten uns verheirathen, sagte er halblaut ...

wenig Neigung vorhanden, die Hundsteuerfrage schnell und ...

Die die Unterführung der Blücherstraße unter die ...

Der Kultusminister hat für den im Besitz des Staates ...

**Lokales.**

Für die Familie des ermordeten Droschkenbesizers ...

Der „Tisch des Hauses“ spielt in den Parlamenten eine ...

Zahlreiche Anwohner der Bernauer, Garten- und ...

Eine eigenthümliche Wette wurde am Sonntag Nach- ...

a. Ueber die Verhaftung einer Falschmünzerverbände, ...

b. Zu den mannigfachen Börsen, welche Berlin aufzu- ...

R. vorsichtiger und er brach das Gespräch darüber ab. Vor ...

a. Ueber einen Straßenraub, welcher am 5. d. Mt., ...

g. Siebzehn neue Laternen bekommt demnächst die ...

N. Die bekannte „Menschenfalle“, nämlich der schräge ...

b. Zu den mannigfachen Börsen, welche Berlin aufzu- ...

„Es ist ein eigenthümliches Mißgeschick, Mr. Knox,“ ...

„Ich sehe ein, daß Sie Recht hat, denn so lange unsere Herrin krank ...

„Hm, ja, wie man's nimmt,“ brummte der Wirth, ...

„Was nun den Zweck meiner Anwesenheit hier be- ...

„Ich weiß es nicht! Aber diese Herren vom Sherif- ...

„Da haben Sie Recht,“ erklärte der Wirth. „Rowland, ...

als morgen zu gewöhnlicher Amtszeit Amtshandlungen vor- ...

„Warum nicht, meine Herren?“ wandte Mr. Harriers ...

„Etwas auf dem Herzen hat der alte Rowland,“ ...

„Ich sage Ihnen, meine Herren, er hat ein Verbrechen ...

„Im Fall er ein Verbrechen begangen, handelt es sich ...

Mr. Cambry aber fühlte vielleicht, daß man hier das ...



# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 36.

Donnerstag, den 12. Februar 1885.

II. Jahrgang.

## Zum Berliner Gemeindehaushalt.

ms. Wir werden bei Gelegenheit der Beratungen der Stadtverordneten noch öfter auf den städtischen Etat zurückkommen müssen, und beabsichtigen uns daher zunächst damit, einzelne Punkte hervorzuheben, für welche unsere Leser ein besonderes Interesse haben dürften.

Schon beim ersten Blick auf den Stadthaushalt tritt eine überraschende Thatsache hervor, welcher eine fortschrittliche Gemeindeverwaltung ängstlich hätte ausweichen müssen: nämlich eine ganz bedeutende Ausdehnung der kommunalen Thätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Der deutsche Freisinn gefüllt sich sonst stets in der Rolle eines Vorkämpfers der Privatwirtschaft; wo der Staat irgend eine Industrie seine Hand legen, sie in staatlichen Betrieb übernehmen will, da zehet der Fortschritt, als wenn die Grundfesten der Kultur erschüttert werden sollten. Und die Stadt, deren Verwaltung bisher ausschließlich in seinen Händen lag, hat derselbe Fortschritt einen großartigen Gemeindebetrieb auf wirtschaftlichem Gebiete nicht verhindern können. Die Berliner Kommune versorgt sich und einen Theil ihrer Angehörigen mit Gas und legt dafür 13,8 Mill. Mark aus, die Berliner Kommune beschafft das nöthige Trinkwasser und verzeichnet dafür in ihrem Ausgabeetat 4,8 Mill. Mark. Die Kanalisationswerke sind städtisch und beanspruchen in diesem Jahre ziemlich 9 Millionen Mark; für Viehhof und Schlachthof endlich muß man über 2 1/2 Mill. aufwenden —, so daß von den 81 Mill., welche der Etat überhaupt als Ausgaben ausführt, fast genau 30 Mill., also drei Achtel, auf die „städtischen Werke“ entfallen. Desgleichen bei den Einnahmen; die Einnahmen bei den städtischen Werken betragen fast Fünftel aller sonstigen Einnahmen. Man sieht, auch die fortschrittlichste Verwaltung hat ein gutes Stück Gemeinde-Sozialismus nicht verhindern können.

Daß in einer aufstrebenden Stadt — und das ist Berlin in ungewöhnlichem Maße — die öffentlichen Aufwendungen beständig steigen müssen, das leuchtet jedem ein. Es kommt nur darauf an, wie man den Mehrbedarf deckt, und zu diesem Zweck schlägt der Magistrat vor eine Anleihe von 1,2 Millionen Mark und die Beschaffung von 1,2 Millionen aus der Einkommensteuer. Der Magistrat hofft, daß die Rückzahlung der 1,2 Mill. „auch bei dem bisherigen Normalstand der Gemeinde-Einkommensteuer“ wird erfolgen können. Alles gut! Nur fragt es sich, ob man diese Annehmlichkeit nicht um den Preis erkaufte, daß man Schulden macht für Zwecke, die bei einer gewissenhaften Finanzpraxis durch die regelmäßigen, regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen erreicht werden müssen. Für einmalige große Aufwendungen, die auch späteren Generationen zu gute kommen, empfiehlt sich gewiß die Beschaffung der Mittel auf dem Wege der Anleihe. Aber die regelmäßig wiederkehrende Bedürfnisse müssen auch die regelmäßigen jährlichen Einnahmen auskommen, sonst wachsen die Schulden lawinenmäßig an. Wenn man in dem einen Jahre zur Deckung des gewöhnlichen Bedarfs Schulden macht, so ist man zunächst ja geborgen; aber der gleiche Bedarf, noch vermehrt um die Zinsen der neuen Anleihe, kehrt im nächsten Jahre wieder, und wenn man wiederum die ordentlichen Einnahmen nicht gesteigert hat, so muß man abermals zu Anleihen greifen. Ein solches System, das Schulden auf Schulden aufbauen muß, jeden öffentlichen, wie jeden privaten Haushalt ruinirt.

Täuschen wir uns nun nicht, so will der Magistrat im vorliegenden Falle allerdings eine bedeutende Anleihe machen, wo er entweder die regelmäßigen Einnahmen zu erweitern, oder die Ausgaben zu beschränken hätte, wenn er Anspruch auf eine „gute und geordnete Finanzverwaltung“ erheben will. Der Magistrat verlangt 3,6 Mill. Mark, auf dem Wege des Anleihe aufgebracht, zur Erbauung höherer Lehranstalten, eines Anstalts für Obdachlose, einer Desinfektionsanstalt, eines Städtischen Krankenhauses und eines Polizei-Dienstgebäudes, sowie zur Fortführung der Kaiser-Wilhelm-Straße und fester Brücken. Nun, an höheren Schulen, Straßen, Brücken u. s. f. wird man jedes Jahr zu bauen haben, und wenn wir heute Schulden dafür machen, womit decken wir dann den Bedarf im nächsten Jahre? Wieder mit Schulden? Ein Theil des diesmaligen Bedarfs mag ja außergewöhnlich sein und für diesen mögen Anleihen aufkommen — aber wahrscheinlich ist es nur ein geringer Theil.

Der Magistrat sucht seinen Vorschlag dadurch annehmbarer zu machen, daß er auf die Mäßigkeit der bisherigen Schuldenlast Berlins hinweist. Wie aus der Uebersicht über den Schuldenstand der Stadtverordnungsversammlung hervorgeht, belief sich am 1. Januar 1885 der Gesamtschuldenlast unserer Stadt auf die Summe von 149 702 575 Mark. Davon entfallen jedoch:

a) auf die Gaswerke	19 892 894 Mark
b) „ Wasserwerke	37 141 732 „
c) „ Kanalisationswerke u. Rieselwerke	60 367 854 „
d) auf Viehhof und Schlachthof	12 259 099 „
e) „ Markthallen	7 860 000 „

In Summa 137 521 579 Mark.

Sodas an sogenannten Kammereischulden, welche die allgemeine Stadtverwaltung zu verzinsen hat und zu amortisieren hat, nur 12 180 996 Mark übrig bleiben. Hiernach kommen auf den Kopf der Bevölkerung nicht einmal 10 Mark. Es ist schon von anderer Seite gefragt worden: Die Kammereischulden betragen bisher 12 Millionen, und da will man in einem einzigen Jahre 3,6 Mill. hinzufügen, — beinahe ein Drittel obiger Summe? Das zu verhalten, sei es durch Abstriche bei den Ausgaben, sei es durch Erhöhung ausreichender ordentlicher Einnahmen, wird eine Hauptaufgabe der Stadtverordneten sein.

Wie steht es im neuen Etat mit der Miethsteuer? Diese Frage wird sich heute sofort ein Jeder stellen. Eine Erhöhung des von der gezahlten Miete erhobenen Prozentsatzes ist natürlich nicht möglich, trotzdem wird eine Erhebnahme von 450 000 Mark in Ansatz gebracht. Hören wir darüber den Magistrat selber, der die Sache sehr ruhig schildert.

„Die Erhebnahme-Ansätze bei der Miethsteuer rechtfertigen sich aus der Fortdauer der bereits zum Stadthaushalts-Etat pro 1. April 1884/85 dargelegten günstigen Ergebnisse der gekammerten Steuerverwaltung vom Jahre 1879/80.“

pro 1. April 1879/80	9 548 224 Mark
1880/81	9 599 240 „
1881/82	9 799 905 „
1882/83	10 012 939 „
1883/84	10 368 318 „

und wird voraussichtlich betragen pro 1884/85 10 672 215 Mark. Angelegt war sie im vorigen Etat mit 10 400 000 Mark. Der Magistrat fügt dem hinzu: „Aus dieser erfreulicherweise andauernden Steigerung der Einnahmen aus der Miethsteuer, sowie aus dem ebenfalls fortwährend günstiger sich gestaltenden Verhältnisse der Zahl der Miethhöfungen zu der der Ermäßigungen und endlich aus der stetigen Abnahme der Zahl der leerstehenden Miethhöfe, glauben wir zu der Annahme berechtigt zu sein, daß, wenn nicht wider Erwarten störende Ereignisse eintreten,

der pro 1. April 1885/86 in den Etat eingestellte Miethsteuerbetrag von 10 850 000 Mark zureichend normirt ist und weder über die Wirklichkeit erheblich hinausgehen, noch wesentlich dahinter zurückbleiben wird.“

Der Magistrat findet diese andauernde Steigerung „erfreulich“, die Zahl der Miethhöfungen „günstig“. Vom bloßen Standpunkt finanzieller Plusmacherei ist das ja auch ganz richtig. Für die Bürger bedeutet aber die obige Entwicklung doch, in ebrliches Deutsch überlegt, daß sie erstens mehr Miete zahlen müssen und zweitens, dieser höheren Miete entsprechend, auch mehr Steuer — und darüber werden sich die Einwohner kaum so freuen, wie der Magistrat. Die Ungerechtigkeiten der Miethsteuer treten auch bei dieser Steigerung nur um so schärfer hervor.

## Politische Uebersicht.

Zur Abkommandirung. Von dem früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Otto Hermes geht der „Voss. Zig.“ folgendes zur Veröffentlichung zu: „Gegenüber einer in verschiedenen Zeitungen enthaltenen Berufung auf mich, erkläre ich, daß ich keinerlei Briefe im Auftrage der Parteileitung oder im Auftrage des Herrn Eugen Richter in Bezug auf die Abstimmung über das Sozialistengesetz geschrieben habe.“ — Bisher hatten wir gerade den Abgeordneten Dr. Hermes für einen aufrichtigen Fortschrittler gehalten. Nach dieser gerundeten Erklärung aber müssen wir an der Aufrichtigkeit des Herrn Dr. Hermes zweifeln. Also auch er ist ein recht „unsicherer Rationist“, dem man keinen Glauben schenken kann. „Im Auftrage“ hat Herr Dr. Hermes die „Abkommandirungsbriefe“ nicht geschrieben, aber er läugnet auch nicht, daß er die Briefe überhaupt geschrieben hat. Herr Dr. Hermes hat in der That die Briefe abgehandelt, wenn auch nicht im direkten Auftrage, so doch im Sinne des Herrn Eugen Richter. Und damit basta!

Die National-Liberalen haben den Konservativen schon wieder einmal den Rang in der „Gesinnungstüchtigkeit“ abgelaufen. Nicht die Konservativen, sondern die National-Liberalen werden nämlich zur dritten Lesung des Haushalts-Etats im Reichstage den Antrag einbringen, die gestrichene Forderung von 20,000 Mark für die neue Direktorstelle nunmehr zu bewilligen.

Zu den Armen liegen sich beide — nämlich die governementale „Norddeutsche Allg. Zig.“ und die „reichsfeindliche“ „Germania“. Sie sind einzig in Bezug auf die Korn- und Holzölle und sprechen gegenseitig mit großer Anerkennung über Verdienste von einander. Bislang konnten sie nicht anders, als wie zwei alte Weiber sich zu beschimpfen. Die Interessengemeinschaft aber einigt selbst diese Ratschabassen.

Die Arbeiterfreunde Adernann und Genossen haben in der sozialpolitischen Kommission des Reichstages folgenden Antrag eingebracht: Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigen in Fabriken und bei Bauten, sowie im Handwerksbetriebe; im letzteren nicht, insoweit die Arbeiten außerhalb der Wohnungen stattfinden oder sich durch Geräusch nach außen hin bemerkbar machen. — (Die geperrte Stelle ist neu.) — Die Arbeiterfreunde Adernann und Genossen wollen wieder einmal den Belz waschen, ohne ihn naß zu machen. Der Antrag hat für die Arbeiter in der Form gar keine Bedeutung, den Herren scheint mehr daran gelegen, daß am Sonntag kein Geräusch stattfindet, als daran, daß die Arbeiter einen Ruhetag erhalten, den ihnen Niemand verklümmern darf.

Zur Regelung des Submissionswesens hatte vor einiger Zeit die Tischlergesellen-Lohnkommission dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Denkschrift unterbreitet, welche in eingehender Weise Vorschläge zur Beseitigung der Mängel des jetzigen Submissionswesens, namentlich bei staatlichen Bauten, enthielt. Dem Leiter der Lohnbewegung, Herrn Ködel, ist jetzt folgendes Antwortschreiben zugegangen: „Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Berlin, den 23. Januar 1885. — Die von Ew. Wohlgeboren unter dem 12. d. M. mir vorgelegte Denkschrift über Mängel und Schäden des hiesigen Submissionsverfahrens bei staatlichen Bauten nebst Vorschlägen zur Abhilfe derselben habe ich mit Interesse entgegengenommen und spreche Ihnen für Uebersendung derselben meinen Dank aus. Der Minister der öffentlichen Arbeiten. J. A. (gez.) Schneider.“ — Hoffentlich wird die Denkschrift nunmehr nicht ad acta gelegt, sondern bei passender Gelegenheit in ernste Erwägung gezogen werden.

Das Vorgehen gegen die Reger in Kamerun scheint noch zu diplomatischen Verwidelungen Anlaß zu geben. Die Baptisten-Missionsgesellschaft hat, in Folge von Mittheilungen ihrer Agenten in Kamerun, sich an Lord Granville gewandt, damit Schritte zum Schutze dortiger britischer Unterthanen ergriffen werden und von Deutschland voller Erfolg für die Bekämpfung von Missionseigenenthum — auf 1500 Pfund bis 2000 Pfund veranschlagt — verlangt wird. Die Gesellschaft behauptet, daß die Gebietsabtretung von einem Chef erlangt wurde, der zu deren Gewährung keine Macht hatte.

## Frankreich.

Viel Geschrei und wenig Woll! So kann man mit Recht ausrufen, wenn man die spaltenlangen Abhandlungen über einen angeblichen Arbeiter-Krawall in Paris zu Gesicht bekommt. Daß wirkliche Arbeiter sich wenig oder gar nicht an dem Trubel betheiligen haben, geht unzweideutig aus folgender Nachricht hervor: „Sechs von den bei der Versammlung auf dem Drenenplatz Verhafteten wurden gestern zu zwei- bis fünfzehntägiger Haft verurtheilt. Die Anklage lautete in allen Fällen auf Verleumdung der Polizei; bloß einer erklärte sich für einen Anarchisten, die übrigen gehörten den Mittelklassen an und waren ausrunder zu den Mittelklassen! Da kann man wieder recht deutlich sehen, daß solche Aufäufe nicht von Arbeitern gemacht werden; es läßt sich wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß das Auftreten der bewaffneten Macht die Gassen herbeilockte.“

Die Kolonialfragen halten auch in Frankreich die Gemüther in Bewegung. Um sie etwas abzukühlen, läßt Präsident Grevy sämtliche Verträge, die Frankreich mit den Hauptlingen der Eingeborenen an der Westküste Afrikas bezüglich der Souveränität, Superanität geschlossen hat, in der Gesesammlung veröffentlichen. Es soll damit dargelegt werden, daß Frankreich im Westen Afrikas sichere Positionen genügend besitze. Einzelne Verträge reichen bis in das Jahr 1846 zurück.

## Spanien.

Auch in Spanien machen sich die Folgen einer Arbeiterkrise demütbar. Am Sonnabend veranstalteten 500 beschäftigungslose Arbeiter in Madrid eine Kundgebung, die jedoch friedlich verlief; die Theilnehmer zerstreuten sich, nachdem sie vom Bivollingieur das Versprechen erhalten hatten, daß die

Behörden ihnen Hilfe gewähren würden. Am Sonntag hat der Ministerrath die Angelegenheit beraten und dem Beschlusse des Gouverneurs und des Bürgermeisters, öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen, seine Genehmigung erteilt. In der Provinz Catalonien sollen mehr als 40,000 Arbeiter ohne Beschäftigung sein. Die sozialistische Propaganda hatte in allen Arbeiterklassen großen Erfolg gehabt.

## Ägypten.

Der Vertheidiger Khartums, General Gordon ist todt; man kann nicht mehr daran zweifeln, nachdem heute folgende Depeschen eingelaufen:

Korti, Montag, 9. Februar, Abends. Wilson, Stuart und Wortley, die nach einer 4-tägigen Reise von Gubat hier eingetroffen sind, haben die Meldung überbracht, daß General Gordon gestorben sei. Ueber die Einzelheiten der Einnahme von Khartum berichtet ein vom Oberst Boscawen in Gubat abgeordneter Bote, ein verrätherischer Pascha habe die Garnison von Khartum seitwärts von Khartum bis nach Omdurman hin marschiren lassen, unter dem Vorgeben, daß auf dieser Seite ein Angriff des Mahdi zu erwarten sei, ein anderer Pascha habe während dessen die Thore Khartums öffnen lassen, die Aufständischen seien mit großer Macht in die Stadt eingedrungen, General Gordon habe in dem Augenblick, in welchem er das Gouvernementshaus verlassen, einen Dolchstoß erhalten.

London, Mittwoch, 11. Februar, früh. Ein Telegramm der „Daily News“ aus Gubat vom 8. d. M. sagt: Aus Khartum entkommene Eingeborene bestätigen, daß Gordon getödtet wurde, als er aus dem Hause trat, um die ihm treu gebliebenen Truppen zu sammeln. Letztere wurden sämmtlich von den Aufständischen niedergemacht. Bei dem mehrere Stunden dauernden Gemetzel wurden selbst Frauen und Kinder nicht verschont, (?) auch alle Notablen von Khartum mit Ausnahme zweier zum Feinde übergegangener Paschas fanden dabei den Tod.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 11. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths sitzt von Bismarck, v. Boetticher, von Burchard, Bronsart von Schellendorff, von Puttkamer, Lucius u. A.

Der Abg. Niebour (Oldenburg) hat sein Mandat niedergelegt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1882 bis 83 und legt dann die erste Berathung der Solltarif-Novelle fort.

Abg. Nebel: Keine der Erwartungen von 1879, es werde eine Erhöhung der Arbeitslöhne und Vermehrung des nationalen Einkommens eintreten, ist eingetroffen. Fürst Bismarck wies damals auf die Prosperität des schugollnerischen Frankreich, Oesterreich und Rußland hin, aber auch diese Schugollländer befinden sich in einer bedeutenden Krise, die sich über die gesamte Kulturwelt erstreckt. Der Schugoll ist also kein Heilmittel gegen solche wirtschaftlichen Uebelstände, er kann nur bedingungsweise und kurze Zeit helfen. Die geschügten Industrien haben zunächst von ihm Vortheil, aber um so mehr wirt sich das Großkapital auf sie bis zur Uebersproduktion, wie die Lage der Juteindustrie und der Reich der Chemischer Handelskammer beweist. Außerdem ruft der Schugoll auf der einen Seite eine Abwehr auf der anderen hervor, hemmt den Export, bringt dadurch die geschügten Industrien wieder in Noth, und man kommt aus dem circulus vitiosus nicht heraus. Der Kleinbetrieb erliegt dem großen, das kleine Kapital kann sich vor dem großen nicht halten. Ihre Dampferproduktion und Kolonialpolitik steht mit der Schugollpolitik in schroffem Widerspruch; jene sollen neue Exportgebiete schaffen, aber mit dem Export wächst auch die Verpflichtung, andere Produkte mehr als bisher einzulassen, auch australisches Getreide, Fleisch und Wolle, welche die subventionirten Dampfer bringen werden, daher man auch in agrarischen Kreisen bereits damit umgeht, sich einen Zoll von 50 Mark per Doppelcentner der bisher zollfreien Wolle zu erbitten. Woju denn da Dampferlinien subventioniren. Die Kosten dieses Kampfes zählt natürlich immer der Arbeiter und der kleine Mann. Besonders trifft ihn der Holzoll hart: Tischlerei- und Baugewerbe, die Spielwarenindustrie in Sachsen, die Schnitzerei- und Holzschachtelindustrie in Thüringen, die schon jetzt in Folge der steigenden Holzpreise mehr und mehr zurückgegangen ist, alles Gewerbszweige des kleinen Mannes. Dabei könnten die Fortschrittler wohl auch ohne Zoll, durch intensivere Bewirthschaftung, ertragreicher gemacht werden. Warum liefert denn z. B. die sächsische Forstwirtschaft ungleich höhere Einkünfte als die preussische? Es könnte ferner mehr Waldland in Ackerland verwandelt werden, welches viermal mehr Rente abwirft; und es könnte der große Waldhand, der Wald und Fluren schädigt und auch erhebliche Bewachungskosten verursacht, vermindert werden. Nur die großen Waldbesitzer werden vom Holzoll Vortheil haben; kein kleiner Waldbesitzer, keine fortbestehende Kommune hat um den Holzoll petitionirt. Noch viel mehr aber schädigt der höhere Kornzoll die kleinen Leute. Ein verschwindender Bruchtheil unserer Bevölkerung verkauft Korn, die meisten kleinen Landbesitzer müssen vielmehr noch solches für ihren Bedarf einkaufen. Das ergibt die landwirtschaftliche Statistik. Im Reich haben danach 8 900 000 Familien direkten Schaden vom Kornzoll oder doch kein Interesse daran, während nur 658 000 Familien etwas durch den Zoll gewinnen. (Auf rechts: Ihre Zahlen haben keine Bedeutung!) Worte haben erst recht keine Bedeutung, namentlich wenn sie von Interessenten kommen. Also nur der größere Landbesitzer hat vom Kornzoll Vortheil, und die ganz großen Grundbesitzer sogar einen kolossalen. Wie ist denn dieser große Grundbesitzer vertheilt? Im Besitze von nur 17 fürstlichen und gräflichen Familien in Deutschland befinden sich nicht weniger als 404 Quadratmeilen Grund und Boden. Diese Familien werden jährlich Hunderttausende durch den Kornzoll gewinnen, ohne auch nur einen Pfennig mehr für Löhne u. a. auszugeben. Dieser ungeheure Gewinn wird zu neuen Kapitalbildungen und zur Bergförderung der Latifundien verwendet werden. Der Großgrundbesitzer hat ja die natürliche Tendenz, den kleinen auszulassen. In Sachsen z. B. kaufen die Grafen von Schoenburg in der Gegend, wo sie zu Hause sind, jedes kleine Gutchen auf, das nur irgendwer käuflich ist. Der Kornzoll ist zugleich eine Progressivsteuer auf die Armut der arbeitenden Bevölkerung, ebenso wie der von Petroleum, von Fleisch und das Verbot des amerikanischen Schweinefleisches und Schmalzes. Keine Maßregel ist dem sozialen Frieden schädlicher und reißt den Klassenhaß mehr auf, als gerade diese Vorlage. Wäre sie vor den Wahlen gekommen, dann wären die ganz anders ausgefallen. Die Herren von der Rechten, soweit sie aus ganz bäuerlichen Bezirken stammen, wären vielleicht wiedergewählt. Sie

haben ja den Landarbeitern die schönsten Gemälde vorgemalt, und die Masse, welche diese Dinge nicht beurtheilen kann, hat Ihnen geglaubt. Aber wenn die Erfüllung der schönen Versprechungen dauernd ausbleibt, so werden Sie den Schaden schon spüren. Im Jahre 1879 schiederte Herr von Kleist-Regow, wie durch die Getreidezölle eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit stattfinden und trotz der geringen Vertheuerung des Brotes der Proletkonsum steigen, die Wangen der arbeitenden Bevölkerung röther werden würden. Was ist aus dem schönen Gemälde geworden? Hat sich in den Berliner Läden die Zahl der Käufer vermehrt, sind irgendwo die Wangen röther geworden? Die Getreidezufuhr aus den Hauptproduktionsländern wird sich freilich nicht vermindern, im Gegentheil, in Folge der stets sich befindenden Transportmittel und der Aufstockung neuer weiterer Gebiete zunehmen. Sie kommen mit Ihrer ganzen Rechnung in die Brüche. Je mehr Sie dem Arbeiter die Lebensmittel verkaufen und den Betrieb der Kleinindustrie und des kleinen Landmanns durch den Großbetrieb aufsaugen lassen, um so dringender werden in weiten Kreisen die Forderungen nach einer Umwandlung des gesammten ländlichen Betriebes werden. Durch diese Zollpolitik wächst der Reichtum einiger großen Besitzer, alle Uebrigen verarmen. Wenn man aber erst einsieht, daß die Privatwirtschaft nicht mehr im Stande ist, die Bevölkerung des eigenen Landes zu ernähren, so wird man auch die Nothwendigkeit einer anderen Produktionsweise erkennen und nothwendig zum sozialistischen Betrieb der Ackerbaugenossenschaft übergehen. Diese Vorlage fördert in Wahrheit nicht Ihren Vortheil, sondern regt nur den Haß der Massen gegen Sie auf und fördert die sozialistischen Ideen. Das Buch von Henry George, welches auf Grund der Entwicklung der amerikanischen Grund- und Bodenverhältnisse als ein Bedürfnis der ganzen Nation die Expropriation des gesammten Grund und Bodens aus dem Privatbesitz und die Umwandlung in Nationalland fordert, hat in Amerika 30, in England 10 Auflagen erlebt. In dem Maße, wie Ihre Agrarpolitik die Lebenslage der großen Massen verschlechtert, werden auch in Deutschland solche Kreise, welche bisher allem Sozialismus feindlich waren, für ihn gewonnen werden. Sie (rechts) sind also unsere besten Vorarbeiter und Ihre eigenen Todengräber! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Leemann (nationalliberal): Die Gründe gegen die Getreidezölle sind, auch noch so sorgfältig erwogen, fast ausnahmslos theoretische Folgerungen, die mit den Erfahrungen des praktischen Lebens nicht im Einklange stehen. (Oho links.) Es ist keine erfundene Theorie, daß das Ausland im Wesentlichen die Hölle bezahlen muß, sondern Thatsache. Das Angebot ist heute schon größer als die Nachfrage und wird noch von Jahr zu Jahr größer, muß sich also die Preisreduktion im Betrage des Zollages gefallen lassen. Das Ausland vermindert deshalb nicht seine Getreideproduktion, denn die Verwendung des Grund und Bodens als Weideland würde noch weniger rentiren, und der dortige Getreidebau arbeitet um mehr als 3 M. pro Doppelcentner billiger als der unstrige. Ein weiteres Zurückgeben der Getreidepreise könnte nur die Nothwendigkeit herbeiführen, den Pflug auszuspannen und weite Kreise unseres Vaterlandes dem natürlichen Graswuchs zu überlassen. (Sehr richtig! rechts.) Es würde Vieh zur Weide geben, wo jetzt eine zahlreiche fleißige ackerbautreibende Bevölkerung lebt, der dann nichts übrig bliebe, als auszuwandern und die Konkurrenz des Auslandes zu verstärken; unsere eigenen Brüder würden in noch höherem Maße unsere wirtschaftlichen Feinde, als es die ausgewanderten schon jetzt sind. Und selbst aus einer geringen vorübergehenden Steigerung des Getreidepreises würde noch lange nicht folgen, daß mit ihr eine Vertheuerung des Brotes Hand in Hand ginge. Die Erfahrungen, die der Redner in Heilbronn, wo er wohnt, gemacht hat, beweisen ihm das Gegenheil, wie er siftemäßig ausführt. Kann man da von einer progressiven Besteuerung der Arbeiterbevölkerung durch den Getreidezoll sprechen? Kann man da sagen, daß er ein Agitationsmittel sei und zu einer schweren sozialen Krise führen könne? Wenn man freilich an die Spitze eines öffentlichen Aufrufs die Worte setzt: „Das Brod ist abermals von einer künstlichen Vertheuerung bedroht!“ (Sehr richtig! links), wenn man in öffentlichen Versammlungen in Berlin auspricht, es handle sich um künstliche Vertheuerung einer Hungersnoth (Wochen rechts), dann wird die Vorlage schon als Agitationsmittel benutzt, um des Zustandekommens des Gesetzes durch ein solches Schreckbild zu verhindern. Ich hoffe von Ihnen, daß Sie den weiteren Preisrückgang des Getreides verhindern und die Spekulation zügeln, welche lange vor Feststellung unserer eigenen Entwürfe große Massen Getreides auf den europäischen Markt wirft, dort durch lange, weit ausgreifende Lieferungsverträge die großen Konsumenten, wie die Mühlen und Bäder, bindet, und dadurch bewirkt, daß unseren Bauern ihr Getreide auf dem Boden liegen bleibt, ohne daß irgend wer darnach fragt. Die Zölle machen das Getreide, wenn auch nicht theurer, doch verlässlicher. Was das bedeutet, haben wir 1882 erfahren: die damalige Ernte war ganz und gar und die von 1883 zu einem großen Theil verläßlich. Die Zollherhöhung kommt auch nicht bloß den reichen Großgrundbesitzern, sondern auch den kleinen Besitzern, ja, insofern dadurch eine Erhöhung der direkten Steuern vermieden wird, allen Verfassungen zu Gute. Uebrigens haben nur 25 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Flächen Wirtschaften über 100 Hektar inne, und unter diesen ist wieder eine sehr große Anzahl Bäder, die doch bei der Beurtheilung der in Rede stehenden Frage auch nicht unter die Großgrundbesitzer gerechnet werden können. Es ist überhaupt zu bestreiten, daß die Grenze, bei welcher Getreide verkauft wird, bei 5 Hektar liegt. In Süddeutschland liegt sie mindestens bei 2 Hektar, und in Württemberg wären danach 92 pCt. der ganzen Fläche an den Zöllen theilhaftig. Und wenn man sagt, daß die Zölle eine nationale Gefahr in sich bergen, so behaupte ich vielmehr: es giebt überhaupt keine größere soziale Gefahr als das Verkommen unseres Bauernstandes. (Sehr richtig!) Nach der badischen Enquete wirtschaftlichen 20 pCt. mit einer Mindereinnahme, 44 pCt. erreichen keine Verzinsung ihres Grundkapitals, 19 pCt. nur eine Grundrente von 1 pCt., 16 eine solche von 2 pCt., 14 eine solche von 2-3 pCt., nur 6 eine von 3-4 pCt. und nur 1 Wirtschaft über 4 pCt. Das sind doch Zustände, die mit Nothwendigkeit aus einer staatlichen Hilfe hinweisen. Abhilfe durch Ausdehnung des Futterbaues und der Viehhaltung ist nicht möglich, weil auch auf dem Gebiete der thierischen Produktion die Konkurrenz schon eine sehr erhebliche ist. Es droht sogar auf diesem Gebiete vielleicht noch größere Gefahr, als sie die Konkurrenz im Getreide mit sich bringt, und die Hohnolle bedarf vielleicht nach dieser Richtung einer Ergänzung. In den Mollereiprodukten stehen wir heute schon vor einer Ueberproduktion. Auch der Raib, Handelsgetreide in größerem Maße anzubauen, kann nicht versagen. Da begegnet uns die Konkurrenz des Auslandes, und die einzige Handelsfrucht, die bisher gut und sicher war, die Ruckertübe, hat einen schweren Stoß erlitten. Draußen im Reich stehen Tausende fleißiger, sparsamer Staatsbürger, welche die schärfste Gewähr für Erhaltung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bieten und zufinden sind, wenn ihr Loos nur einigermaßen ertüchelt ist. Diese bilden mit Sorge nach dem Reichstag und verlangen von ihm Hilfe in unerschütterlicher Geduld. Er kann sie auch gewähren ohne Schädigung irgend welcher anderer Verfassungen, wenn er sich durch theoretischen Prinzipienheit wie durch politische Parteilichkeiten nicht beeinflussen läßt. (Beifall.)

Abg. Dirlschel (Deutsch-frei): Wenn man die feststehenden Zahlen in's Auge faßt, so ergibt sich, daß von einer dauernden Nothlage der Reichsbevölkerung unserer Landleute nicht ge-

sprochen werden kann. Ich habe mir abweichend von den Notionen eine Zusammenstellung der Preise für die Jahre 1881, 1882 und 1883 und für die 4 Jahre bis zum Eintritt des Zolltarifs gemacht. Da ergibt sich, daß der Durchschnittspreis für Getreide - Gerste ausgenommen, für die ich die Bismarck nicht erhalten konnte - um 0,9 M. höher ist als vor Einführung des Zolltarifs, und zwar ist die Steigerung der durchschnittlichen Preise beinahe entsprechend dem Betrage des Zolles. Ich will auf diese Thatsache nicht weiter eingehen, sie ist aber der Beweis dafür, daß das Ausland den Zoll nicht trägt. Was die animalische Produktion betrifft, so ist für dieselbe eine statistische Grundlage nicht vorhanden. Ich bin daher auf meinen individuellen Eindruck angewiesen, aber nach einer Erfahrung, die ich mir in 28 Jahren erworben habe, muß ich sagen, daß der Preis für das Vieh sich verdreifacht hat. Von anderer Seite ist mir bemerkt worden, daß man nur von einer Verdoppelung des Viehpreises reden könne; aber das ist ja auch schon etwas Nettis. Sehen sie sich weiter die Substitutions-Statistik an, so ergeben sich diese Zahlen ein günstiges Verhältnis und nicht anders steht es mit der Verschuldungsstatistik. Da ergibt sich, daß die Verschuldung relativ gering ist, ja sogar, daß die Verhältnisse günstig liegen in Betreff des kleineren Bauernstandes. Anders allerdings liegen die Sachen für die größeren Grundbesitzer, die oft recht erheblich verschuldet sind. In erster Linie ist der Grund für die Nothlage der Landwirtschaft darin zu suchen, daß in derselben eine Summe von Dilettantismus vorhanden ist, wie in keinem anderen Gewerbe. Ich behaupte, wenn im Handelsstande, in der Industrie oder im Handwerk ein so großer Prozentsatz gar nicht oder ungenügend vorbereitet wäre, wie das hier geschieht, so würden die Klagen dort noch größer sein. Dazu kommt noch eine Ueberschätzung des Werths von Grund und Boden, und weiter kommt dazu eine große Ueberschätzung der eigenen Leistung. Ich frage die älteren Landwirthe, wie viele wohl in ihren jüngeren Jahren von einem Kauf zurückgetreten sind, wenn ein älterer sie vor dem hohen Preise warnte. Und endlich ist ein Grund der Nothlage die Thatsache, daß der Lebensaufwand des Landwirthes sich im Allgemeinen nach der Fläche, die er besitzt, und nicht nach seinem Vermögen richtet. Es ist sehr schwer gegen solche Verhältnisse anzukämpfen, und deshalb haben diejenigen, welche in Folge derselben in präcise Verhältnisse gerathen sind, meine volle Sympathie. Aber etwas anderes ist es doch, wenn auch die Gesetzgebung in Anspruch genommen wird, um solche präcisen Existenzen vielleicht noch ein Jahr, oder ein paar über Wasser zu halten. Wenn mir eine Vorlage, wie die gegenwärtige, gemacht wird, so frage ich zunächst, was der Erfolg dieser Maßregeln sein und wem dieselben zu Gute kommen werden. Von den Herren rechts ist in dieser Beziehung behauptet worden, daß die gesammten Grundbesitzer aus der Erhöhung des Getreidezolles Nutzen ziehen würden. Herr v. Köller hat uns erzählt, daß nach seiner Erfahrung ein Besitzer von 20 Morgen 40 Zentner Getreide verkaufen und er hat uns die Zahlen für seine Angaben zur Disposition gestellt. Ich glaube, diese Zahlen haben den einen Fehler, daß sie absolut falsch sind. Zunächst schließt die statistische Erhebung aus, daß der Landwirth im Durchschnitt die Hälfte seines Bodens mit Halmfrüchten bebauen kann. Nach Abzug der Forsten bleiben für die Ackerfläche nur noch 70 pCt. übrig, von denen erst die Hälfte mit Halmfrüchten bebaut werden kann. Ein Besitzer von 20 Morgen würde also mit Halmfrüchten etwa 7 Morgen bestellen können, die auch nicht 5 Zentner pro Morgen, sondern im Durchschnitt wohl erheblich weniger Körnerertrag liefern. Bei der weiteren Bebaupung aber, daß eine Arbeiterfamilie mit 10 Ztr. Getreide auskomme, wurde mir ganz warm und kalt zu Rathe. Ich hatte meinen Deputanten stets das Doppelte gegeben, ich mußte mir also arge Verschwendung zum Vorwurf machen; ich habe indessen gehört, daß meine Nachbarn überall dasselbe Quantum Getreide an ihre Arbeiterfamilien abgegeben haben. Nun stehen aber auch die Pommeren nicht in dem Ruf, wenig zu essen, ich vermute deshalb, daß auch dem kleinen Bauern, den uns Herr v. Köller vorgeführt hat, nur wenig Getreide zum Verkauf übrig geblieben sein wird. Der Herr Reichskanzler ist freilich noch weiter gegangen als Herr v. Köller; er hat selbst bei einem Besitz von 3 Morgen den Verkauf von Getreide für möglich erachtet. Nach seinen Ausführungen müßte unsere Landwirtschaft nicht nur im Stande sein, unseren Bedarf an Getreide zu decken, sondern sie müßte sogar noch einen erheblichen Ueberschuß erzielen. Ich möchte nur noch eine Bemerkung zu dem gestrigen Schlusswort des Reichskanzlers machen. Er sagte, es sei eine Verlogenheit, wenn man das Gesetz als ein Mittel für die Bereicherung einer kleinen Klasse bezeichne, und als von dieser linken Seite Ausfertigungen des Reichstags laut wurden, hob der Reichskanzler hervor: „mit Ihrem Rücken zeigen Sie, daß Sie sich getroffen fühlen.“ Von der indirekten verbalen Injurie ist er also zu der direkten übergegangen. Nun, ich kann mit dem Reichskanzler und den Herren von der Rechten über den Begriff der Mütterlichkeit nicht streiten. In dieser Beziehung muß ich Ihnen die Priorität überlassen. Ich will nur mit dem Reichskanzler sagen: wohin kommen wir, wenn so gänzlich die Regeln des Zolls der guten Gesellschaft außer Acht gelassen werden. (Beipräsidant von Franckenstein macht den Redner darauf aufmerksam, sich nicht zu weit von der Sache zu entfernen.) Ich will nicht behaupten, daß diese Vorlage den bewachten Boden verfolgt, die Großen auf Kosten der Kleinen zu bereichern, aber natürlich wird dieselbe zu diesem Resultate führen. Nun sagt man, die Arbeitsgelegenheit werde vermehrt werden. Mit demselben Grunde wird jede andere Steuer als eine wirtschaftliche Maßregel zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gerechtfertigt werden können. Allerdings wird der wohlhabende Mann, wenn sich seine Einnahmen vermehren, auch seine Konsumtion erhöhen und so einem Theil seiner Mitbürger Vortheile bringen. Wenn bei Vordert 1000 Nummern mehr verlanft werden, werden auch die Norddeutscher ihren Vortheil davon ziehen. Aber so lange uns nicht der Nachweis geführt ist, daß durch die Vertheuerung des Getreides an sich der Nationalwohlstand wächst, stelle ich alle Ihre Behauptungen dem Spruch Ludwigs XIV. gleich, daß der Luxus des Hofes dem Lande Vortheile bringe. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (kons.): Herr Dirlschel hat die Nothlage der Landwirtschaft zum Theil einer mangelhaften Vorbildung der Landwirthe zugeschrieben. Nach meinen Erfahrungen erhalten aber wenigstens in neuerer Zeit die jungen Landwirthe eine sehr sorgfältige Vorbildung. Die Verarmung des Grundbesitzers ist auch weit mehr, als durch zu großen Aufwand, leichtsinnige Lebensführung u., wovon Herr Dirlschel sprach, durch die Erbtheilungen herbeigeführt worden. In meinem Kreise beispielsweise, wo es noch vor 25 Jahren wohlhabende Bauerngemeinden gab, sind in Folge der Erbtheilung und der damit verbundenen Verstückelung heute sämmtliche Bauerngüter zur Substantiation gekommen. Auf die G. Haltung der Proleten ferner wirken so viele Faktoren gleichzeitig ein, daß die direkte Vertheuerung des Brotes durch höhere Getreidepreise nicht nachweisbar ist. Herr Richter, im Vergleich zu welchem Herr Dirlschel ja sehr gemäßigt war, hat dann gesagt, die neue Zollpolitik habe keinem Industriezweige Vortheil gebracht. Darin gebe ich ja Herrn Bebel Recht, daß gegenwärtig durch die ganze Welt eine schwere Krise geht. Ich schreibe ne aber nicht der Zollpolitik, sondern den Währungsverhältnissen zu. Ob meine politischen Freunde den Getreidezöllen nach der Vorlage, oder nach den Vorschlägen der freien wirtschaftlichen Bereinigung zustimmen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Wir hoffen jedenfalls, daß diese Vorlage im Ganzen mit großer Mehrheit angenommen wird und daß wir dadurch einen weiteren Schritt thun auf dem Wege der Gesetzgebung von

1879, die unserer gesammten Erwerbsfähigkeit zum Segen reicht hat. (Beifall rechts.)

Abg. Kröber (deutsch-fr.): Gestatten Sie mir die Erläuterung der im Jahre 1879 eingeführten Zölle auf die Grenzbevölkerung längs unserer Grenze gegen Böhmen etwas näher zu schildern. Längs dieser Grenze haben wir einen zum Getreidebau wenig geeigneten Boden, der weitaus größte Theil des Bodens ist Wald und Weideland, die wenigen Felder werden in der Hauptsache zum Kartoffelbau verwendet, von Getreide bietet nur der Hafer eine sichere Ernte, Winterfrucht friert in der Regel aus. Seit langen Jahren besteht dieses Gebirgsland den weitaus größten Theil seines Getreides aus Böhmen, und zwar kauft der bairische Konsument direkt von dem böhmischen Produzenten auf dem nächst gelegenen böhmischen Markt. Dieses Verhältnis ist auch seit Einführung der jetzigen Getreidezölle das gleiche geblieben; die bairischen Mühlen und Brauer haben sich eben genöthigt, den Zoll zu bezahlen, da der Bezug von inländischem Getreide ihnen wegen der Entfernung der bairischen Märkte noch theurer zu stehen kommen würde. Die Eisenbahnen laufen größtentheils auf eine Entfernung von 30-40 Kilometer längs der Grenze und sind daher zur Verproviantirung dieser getreidearmen Gegend wenig verwendbar. Der jetzige Zoll wird von der armen Bevölkerung schon schwer empfunden, jede Erhöhung ist eine schwere Schädigung, die Leute werden auf die ausschließliche Kartoffelnahrung und Haferbrod zurückgedrängt, um so mehr, als die Einführung der Getreidezölle die Erwerbsverhältnisse in diesen Grenzgebieten äußerst schwierig geworden sind. Der Bauer hat Mangel an Getreide, aber Ueberfluß an Vieh, er ist daher auf Viehzucht und Viehhandel und Verdienst durch Holzfuhrwerk hingewiesen. Die Bauern kauften in Böhmen wegen der besseren Preise die auf dortigen großen Gütern gezüchtet werden, namentlich sogenannte Gangochsen, welche sie nach Jahren als Schwerevieh mit Nutzen veräußerten. Der jetzige Zoll auf Vieh erschwert die Einfuhr obnehin, doch wird durch die rigorose Anwendung des Viehschlaggesetzes die Einfuhr zur Unmöglichkeit gemacht. Während in früheren Jahren periodische Grenzsperrn eintraten, die in der Regel nach wenigen Wochen wieder aufgehoben wurden, ist seit dem Jahre 1879 die Grenzsperrre in Permanenz, und die Einfuhr von Rindvieh sowie der Grenzverkehr mit Rindviehgepanssen unter Einhaltung einer großen Anzahl von Kauteilen sehr erschwert. Es liegt die Vermuthung nahe, daß der Schmutzhandel durch die Einfuhr von Vieh, was ja der heutige Viehwoll sein soll, einen Profit zu machen. Während bei der Getreide- und Holzfuhrverfraudationen resp. Versuche zu diesen beinahe nicht vorkommen, ist der Viehschmutzhandel längs unserer Grenze in Permanenz hat sich sogar ein förmlicher Kriegszustand entwickelt, den ich schätzweg den Döhlentrieg nenne. Schmutzger und Viehwächter liefern sich förmliche Gefechte, bei welchen es Verwundete abgibt. Nach Bestellung der Feldarbeit suchte Waldbauer seinen Verdienst durch Holzfuhr nach den Sägmühlen, Glasbläthen, Holzschleifereien und Abfuhr der dort erzeugten Produkte nach der nächsten Eisenbahnstation. Werke wurden zu einer Zeit gebaut, wo Niemand an die Wiedereröffnung eines Holzolles dachte, sie sind in loupitren Grenzterrain so gebaut worden, daß ein leichtlicher Zugang aus den benachbarten Waldungen ermöglicht ist; hinsichtlich darauf nahm, ob der Wald, auf dem sie gebaut die Einfuhr von Holz seit der Grenze lag. Der im Jahre eingeführte Holzoll hat die Sägen schwer getroffen, doch mehr trifft sie die permanente Grenzsperrre gegen Einfuhr von Rindvieh. Pferdebesitzer sind dort rar und nicht in hinreichender Masse zu beschaffen. Um böhmisches Holz nach der Grenze zu beschaffen, sind Sägwerke und Rindviehgepanssen in beiden Grenzländern, welche sofort entzogen wird, auch nur ein Verdacht entsteht, daß hierdurch ein Viehschmutz oder die Einschleppung der Seuche ermöglicht wird. Sägenmüller bekommen häufig zur besten Zeit, die Anfuhr durch Schlitzwegen begünstigt, keine Holz, die Grenzbauern keinen Verdienst, und die Arbeiter müssen aus Mangel an Rohmaterial ausgestellt werden, entsteht auch noch die weitere Frage, ob durch die Erhöhung der Holzölle diese Sägenwerke, welche auf Holz aus böhmischen Holz angewiesen, konkurrenzfähig werden, sehen sie sich genöthigt, ihren Betrieb ganz einzustellen, so arm mit dem Besitz der Säge auch die ganze Umgegend. Die Bevölkerung unserer Grenzdistrikte würde also durch projektirten Zollherhöhungen völlig in ihrer Existenz bedroht werden. Aus einem genügsamen lokalen Markt werden Sie Völler, Schmutzger und Wildbäuer. Die trage 8 fache Erhöhung des Zolles für ihr Rohmaterial auch zahlreichen Hölzwerkern die weitere Existenz unmöglich machen Sie Völler, Schmutzger und Wildbäuer. Die Arbeiter haben an uns petitionirt, viele davon sind in die Armut und haben uns mit ihren Klagen bestürmt; gerade so wie den deutschen Sägemühlen ergeben. Die vermehrte Konkurrenz einfuhr wird eine Reihe neuer Sägenwerke längs unserer Grenze gegen Oesterreich und Rußland und an den Grenzen zwischen Kurzen werden wir eine Ueberproduktion von Vieh bei hohen Rundholzpreisen haben, welche Sägemüllern auch nicht mehr lösen als den Holzschneidern. Wenn wir dann zur Einfuhr gelangen, unsere gesammte inländische Industrie, welche Holz verarbeitet, nicht mehr exportfähig ist, und uns gezwungen sehen, die Sägenölle wieder aufzuheben, dann sind die neuen Sägenwerke alten banterot, und Sie verschaffen sich zur Zuleitung auch noch eine Krise aller Holzindustrien. Die Holzpreise in Bayern sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß sie dem Durchschnitt der letzten 25 Jahre, die Schwundzeit gerechnet, stehen. (Beifall links.)

Abg. Grad (Hörs): Als ich aus der Schule meinen jugendlichen Jahren, war ich für absolute Freiheit, wie für alle übrigen Freiheiten überhaupt. Genügsam und Richter schienen mir unnöthig, und die Kosten für die Militär eine drückende Last. Die Erfahrung im Leben hat mich aber gelehrt, daß Gefühle nicht Alles bestimmen. In einem völkerverständlichen Mittel auf 128 Köpfe Quadratmeter steigt, gegenüber einem Durchschnitt von 100 mit dem Laissez aller nur das Resultat der Massenwanderung. Für unsere Textilindustrie sind Schutzzölle Lebensbedingung. Auch unsere Bauern verlangen Schutz eine Nothwendigkeit für ihr Bestehen. Im Reichlande die Großgrundbesitzer eine Ausnahme. Wir haben beinahe nur einen landwirtschaftlichen Enquete zur Ausführung, um die nachzuweisen, durch welche den nothleidenden Bauern zu wäre. Ich habe diese Enquete mitgenommen und unseren Grundbesitzern mitgeteilt, daß für die Nothlage die Erhöhung auf Getreide das Brod vertheuern würde. Ich erhielt ich die Antwort, daß, wenn auch dem kleinen Mann Tagelöhner, das Brod etwas theurer wird, derselbe doch ein zufriedener, habe, und diese Zölle bis zum Betrage von 100 Kilogr. Weizen zu bewilligen seien. Auch unsere städtische Gesellschaft in Wülhausen hat die Wirkung der auf die Vertheuerung der Lebensmittel untersucht und festgestellt, daß mit 3 Mark pro 100 Kilogr. Weizen das Brod für eine Vertheuerung von jährlich 2 bis 3 Mark zur Folge werde. Allein die Lohnschwankungen ohne Schutz der Industrie hätten für den Fabrikarbeiter eine schlimmere In jeder Hinsicht sind im Interesse der Gesamtheit der

schlagnen  
im der  
wie wohl  
gefördert.  
Sur Ge  
lege wege  
geleitet we  
Der V  
Kattlet sei  
Abg. v.  
Friedrich  
Katholik  
mit einer  
mehreren B  
besten Abg  
Schluß  
Nothlage  
17.  
Am  
Kinge  
entwurf,  
Landwirtsch  
Lage.  
Die T  
Abg.  
Stelle  
77 folgen  
Katholik  
mit U  
nach mit U  
geschloßen  
Vergleichen  
Verlauf als  
Kauf als  
Kauf als  
Abg. v.  
Ber in a  
Bemerkung  
Verkaufe u  
einen solch  
Bestrafen  
wägen den  
Verlauf als  
Abg. v.  
Beseitigung  
Provinzen  
dem Straf  
haltung des  
wird prüf  
verurtheil  
Abtrag  
Abg. v.  
zu geb  
Abg. v.  
an d  
Diesen  
Es folgen  
bühnd d  
Die p r o  
Schwur  
werer Vert  
Abg. v.  
Kursen vo  
das vor  
Katholik  
man hab  
wird, si  
Zweites  
Bewegungen,  
gang betr  
ei die Kor  
gehoben.  
Abg. v.  
war der  
überhaupt  
die soziale  
liegt, daß  
schuld eine  
die Konver  
Waffen B  
mundschaft  
papierer a  
lein Mitte  
vorbeugen  
auf ihrer  
der dem F  
gut aber l  
kammelt  
werden, S  
Sicher G  
Oai der F  
ein kleine  
die gerade  
Kente abn  
gefährt, s  
muß das  
inter viel  
Konnerf  
der Sozial  
in Zukunf  
gegeben w  
Abg.  
Abg.  
rechtigung  
nicht ohne  
regel schre  
Köffe stell  
in demselb  
Küchlich o  
durch die  
gejogene S  
ein Völler  
er es habe  
Rebe der  
Finanz  
unwände  
gläubiger  
ungen r  
Wändeln  
garantiren  
Abg.  
und so d  
daß ihnen  
müsse, d  
etwa 13  
Rindbo  
er mir le  
Die  
fortsch  
betrühend

schlagene Botschaft zu genehmigen. Das die Baumwollenerzeugung im deutschen Zolltarif befreit, wünsche ich, daß dieselben nicht nach dem Werth bemessen werden. Eine Erhöhung wäre wohlthätig und die deutsche Produktion würde dadurch gefördert.

Zur Geschäftsordnung fragt Abg. v. Penz, ob die Vorlage wegen der Dampfersubvention bald auf die Tagesordnung gesetzt werden würde.

Der Präsident bemerkt, daß der Bericht noch nicht er-  
hätigt ist.

Abg. v. Penz erklärt, daß er mit allen Kräften an der Freigabe des Verkehrs arbeite, soweit die angeforderte Tätigkeit im Hause dies zulasse; aber wenn der Reichstag sich mit einer so wichtigen Vorlage, die den Kernpunkt unserer inneren Politik bilde, beschäffige, dann könne er als gewissermaßen Abgeordneter nicht im Plenum fehlen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.  
(Fortsetzung der Beratung der Zolltarifnovelle.)

### Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 11. Februar 1885, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Friedberg.

Eingegangen ist vom Abg. Frhrn. v. Huene ein Gesetzentwurf, betreffend Ueberweisung von Beträgen, welche aus landwirthschaftlichen Böden eingehen, an die Kommunalverwaltungen.

Die Tagesordnung beginnt mit der ersten Beratung des vom Abg. Bödiker eingebrachten Gesetzentwurfs, wonach in Stelle des Art. IV. Nr. 1 der Verordnung vom 25. Juni 1877 folgende Bestimmung treten soll: „Wer in auswärtigen Staaten (§ 286 Absatz 2 des Reichsstrafgesetzbuchs), die nicht mit unserer Genehmigung in unseren Staaten besonders zugelassen werden, spielt, wer sich dem Verkaufe der Loose zu vergleichen auswärtigen Lotterien unterzieht oder einen solchen Verkauf als Mittelsperson befördert, wird mit Geldstrafe bis hundertfünfzig Mark bestraft.“

Abg. Franke schlägt statt dessen folgende Fassung vor: „Wer in außerpreussischen Lotterien, die nicht mit königlicher Genehmigung in Preußen zugelassen sind, spielt, wer sich dem Verkaufe von Loose zu dergleichen Lotterien unterzieht oder einen solchen Verkauf als Mittelsperson befördert, wird mit Geldstrafe von zwanzig bis hundert Mark, wer gewerbmäßig den Verkauf solcher Loose betreibt oder befördert, mit Geldstrafe von dreihundert bis dreitausend Mark bestraft.“

Abg. Bödiker befürwortet seinen Antrag, welcher die Befreiung der gegenwärtig zwischen den alten und neuen Provinzen bestehenden Rechtsungleichheiten, die namentlich in dem Strafverfahren empfindlich berühren, und die Wiederherstellung des gleichen Rechts, wie es während der Herrschaft des preussischen Strafgesetzbuchs bestand, für alle Landestheile bewirkt. Vielleicht würde sich eine kommissarische Beratung des Antrages empfehlen.

Abg. Franke bittet dagegen, seinem Antrage den Vorzug zu geben.

Abg. v. Rinnigerode wünscht Ueberweisung der Angelegenheit an die Justizkommission.

Diesem letzten Vorschlage gemäß beschließt das Haus.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kündigung und Umwandlung der ausprovidentierten Staatsanleihe.

Die Budgetkommission empfiehlt die Genehmigung des Entwurfs mit dem Zusatz, daß das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten soll.

Abg. Wagner (Dshavelland, kons.) kommt auf die vor dem vom Abg. Windthorst geäußerte Besorgnis zurück, daß die Konvertirung der Anleihe, die Herabsetzung des Zinsfußes von 4 1/2 auf 4 pCt. für zahlreiche kleine und mittlere Kapitalisten, für viele Wittwen und Waisen verhängnisvoll sein könnten. Diese Besorgnis sei unbegründet; die Regierung habe die Befugnis der Regierung außer allem Zweifel; den Staatsgläubigern werde soz. durch die Bedingungen, unter welchen die Konversion erfolgen solle, ein ganz beträchtliches Konversionsgewinn gemacht; finanziell sei die Konvertirung durch die Lage des Geldmarktes durchaus geboten.

Abg. v. Uechtrig-Steinlich (kons.): Ich trete gegen die beabsichtigte Konvertirung nicht entgegen, möchte aber gegen das Prinzip anknüpfen, konvertirbare Staatspapiere überhaupt auszugeben. Der Abg. Windthorst hat schon neulich die soziale Seite der Konversion hervorgehoben, die darin liegt, daß eine große Summe kleiner Existenzen bei der Staatsanleihe eine Sicherheit erreicht zu haben glauben, welche durch die Konversion gefährdet wird. Er hat auf die Wittwen und Waisen Bezug genommen; ich weise darauf hin, daß die Vermögensverhältnisse die Anlegung der Waisengelder in Staatspapieren ausdrücklich anordnet. Es ist allseitig anerkannt, daß kein Mittel wirksamer dem Umfalle der Sozialdemokratie vorzuziehen kann als die Gewährung der Gelegenheit, für die auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen durch Sparlichkeit sich ein Eigentum zu erwerben. Von dieser Erwägung geht z. B. der dem Reichstage vorgelegte Postsparkassenentwurf aus. Hat aber der Arbeiter ein kleines Kapital in Sparkassen gesammelt, so muß auch konsequenterweise die Möglichkeit geboten werden, dieses Kapital in einer sicheren Rente anzulegen. Sichere Hypotheken, namentlich kleinere, sind schwer zu erlangen. Der fleißige Arbeiter sich im Schweiße seines Angesichts ein kleines Kapital erkrübt und in Staatspapieren angelegt, die gerade die zum Unterhalt seiner alten Tage erforderliche Rente abwerfen, und wird diese Rente dann durch Konversion gefährdet, so reicht sie zu seinem Unterhalt nicht mehr hin; er muß das Kapital angreifen und schließlich steht er als Proletarier wieder da. Aus diesen Rücksichten bin ich Gegner jeder Konversion und halte es im Interesse der Gerechtigkeit und der Sozialpolitik der Regierung entsprechend für geboten, daß in Zukunft konvertirbare Staatsobligationen nicht mehr auszugeben werden.

Abg. Hanel befürwortet die Konversion.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.) will die formelle Entscheidung der Staatsräthe nicht beschreiten, man solle aber nicht ohne die dringende Noth zu einer solchen Ausnahmeentscheidung schreiten und nicht einfach sich auf den Standpunkt der Räte stellen. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei der ungeeignete; in demselben Augenblicke, wo man die Räte erheben will mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft, wolle man das durch die unausbleibliche Preissteigerung in Wollensindustrie erzeugte Kapital nochmals treffen. Der Staat könne nicht wie ein Würfelspieler handeln, der ein Stück Geld einsetzt, wo er es haben könne, ohne sich im Uebrigen um das Wohl und Wehe der Wähler zu kümmern.

Finanzminister v. Scholz: Der Staat hat keine festen, unveränderlichen Renten auszugeben; er stellt soz. den Staatsgläubigern ihr Geld jetzt fast zu bedingungslos günstigen Bedingungen wieder zur Verfügung. Auch die Vermögensverhältnisse haben den Staat doch gewiß nicht verpflichtet, den Wählern eine ewig unveränderliche, unfindbare Rente zu garantiren.

Abg. Wagner: Wenn die Vorlage abgelehnt würde und so die Staatsgläubiger die Ueberzeugung gewinnen dürften, daß ihnen eine 4 1/2 pCt. Rente in infinitum gewährt werden müßte, dann würde den Staatsgläubigern ein Geschenk von etwa 13 pCt. des Kapitals gemacht worden sein. Will Herr Windthorst das, so wäre er ein schlimmerer Staatssozialist, als er mir je vorgeworfen hat. (Gelächter.)

Die Vorlage wird darauf im Einzelnen mit großer Majorität genehmigt, ebenso ohne Debatte die Novelle zum Gesetz, betreffend die Landes-Kreditkasse in Kassel.

Darauf wird zur Spezialberatung des Etats der Lotterieverwaltung zurückgegangen, welcher der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen worden war. Die Kommission beantragt die Einnahmen aus der Lotterie im nächstjährigen Etat um die Hälfte höher anzulegen und schlägt folgende Resolution zur Annahme vor: „Die Regierung aufzufordern, bei einer der Nachfrage entsprechenden Vermehrung der Lotterielose kleinere Theilstücke von ganzen Loose als bisher üblich abzugeben.“

Abg. Stroffer (kons.): Das Bestreben der Staatsregierung müsse nach wie vor dahin gehen, die Aufhebung aller Staatslotterien herbeizuführen, wie es schon Minister v. D. Seyditz als seinen persönlichen, innigsten Wunsch hingestellt habe; öffentlich sei dies auch heute noch die Auffassung der Regierung. Redner empfiehlt schließlich den von den Abgg. Stöcker und Genossen eingebrachten Antrag.

Die Staatsregierung zu ersuchen, bei den Regierungen der beteiligten deutschen Einzelstaaten dahin zu wirken, daß die Staatslotterien in dem Bereich derselben aufgehoben werden und zu diesem Behuf die Abschaffung des staatlichen Lotteriewesens auch in Preußen in Aussicht zu stellen.

Abg. Kunisch v. Richthofen tritt der Anschauung entgegen, als ob die Lotterie ein unmoralisches Institut sei.

Abg. Wagner erklärt sich in Konsequenz seiner schon früher veräußerten Auffassung gegen den Kommissionsantrag; könne man die Lotterie schon wegen der 4 Millionen Einnahme nicht entbehren, so werde man später behaupten, daß dies bei 8 Millionen Einnahme vollends unbillig sei. Von der auf allen Seiten als wünschenswerth bezeichneten Aufhebung der sämtlichen Lotterien sei man dann weiter als je entfernt. Dagegen sei eine allgemeine Regelung des Lotteriewesens von Reichswegen gar nicht so andächtig, wenn Preußen nur ernsthaft auf diesen Boden treten wolle.

Finanzminister v. Scholz: Am meisten würde den Uebelständen, welche sich aus der Ueberzweimung des preussischen Gebietes mit außerpreussischen Loose ergeben, durch die Annahme des Kommissionsantrages abgeholfen werden, denn eine so zahlreiche Vermehrung der preussischen Loose, welche das Bedürfnis und den Abzug jener anderen verringert, würde den Boden für fruchtbringende Verhandlungen mit den beteiligten Staaten ebnen.

Abg. Hanel: Es kommt vor Allem darauf an, daß das preussische Abgeordnetenhaus auf die Befreiung der Staatslotterien anträgt; und das Reich kann gewiß in die Erwägung eintreten, ob die Staatslotterien ferner zulässig sein sollen oder nicht, namentlich wenn sich der Herr Finanzminister direkt an das Reich, nicht an die beteiligten Einzelstaaten wenden wollte. Das Strafgesetz bedroht die gewerbmäßige Beschaffung der Gelegenheit zum Glücksspiel mit schwerer Strafe; wenn für den Staat eine Ausnahme gemacht wird, wird die Sache dadurch nicht moralisch gemacht. Alle Spielhöhlen, alle Prämienanleihen im deutschen Reich sind aufgehoben; mit ihrer jetzigen Stellungnahme setzt sich die Regierung in diametralen Gegensatz zu aller Tradition auf diesem Gebiete.

Die Diskussion wird geschlossen, und der Kommissionsantrag in namentlicher, vom Abg. Dr. Windthorst beantragter Abstimmung mit 155 gegen 150 Stimmen abgelehnt. (In der Kommission war die Annahme des bezüglichen Antrages des Grafen Limburg-Sturum mit 9 gegen 4 Stimmen erfolgt.) Für den Vorschlag der Kommission stimmen das Gros der Konservativen, die Freikonserwativen, etwa die Hälfte der Nationalliberalen und vereinzelte Mitglieder der Linken und des Zentrums; gegen denselben fast das ganze Zentrum, die Polen, die meisten Mitglieder der Linken, die kleinere Hälfte der Nationalliberalen und etwa 20 Konservative. Es verbleibt also bei dem ursprünglichen Staatsantrag; dagegen wird die von der Kommission vorgeschlagene Resolution betr. die Veräußerung kleinerer Loose abgelehnt.

Die Resolution Stöcker-Wagner wird mit geringer Mehrheit abgelehnt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft; Präsident v. Rölliger schlägt vor, die Staatsberatung morgen um 11 Uhr Vormittags fortzusetzen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.

(Stat.)

### Lokales.

Der ehrliche Name, der Ausweis über untadelhafte Aufführung ist heute zu Tage für einen großen Theil unserer Mitmenschen der einzige Rest, und zwar ist das ein Rest, der um so sorgfamer gehütet werden muß, als es ohne denselben in vielen Fällen unmöglich ist, irgend eine Stellung oder Beschäftigung zu erhalten. In dieser Beziehung hängen ganze Gesellschaftsklassen von der Gnade oder Ungnade ihrer Arbeitgeber ab; das ist gewiß traurig, aber es ist so. Man denke nur an die bekannten Dienstbücher der Dienstmädchen. Wenn alle „Herrschaffen“ sich bei der Ausstellung der Atteste nur von einem strengen Pflichtgefühl leiten ließen, so ließe sich nicht sehr viel gegen die ganze Einrichtung sagen, wenn in den Zeugnissen die Kenntnisse und Fähigkeiten der betreffenden Dienstmädchen nur in durchaus sachlicher Weise geschildert würden, so könnte man diese Dienstbücher wie manches andere Uebelthätige eben noch ertragen. Leider aber wird in der Ausstellung der Zeugnisse vielfach ein nicht scharf genug zu tadeler Mißbrauch getrieben. So finden wir im Briefkasten der „Dresd. Nachr.“ eine Notiz, die wir wegen des allgemeinen Interesses hier unverkürzt folgen lassen wollen. Es fragt dieselbe jemand an: „Vor längerer Zeit suchte ich ein Dienstmädchen und in großer Zahl stellten sich die dienenden Geister bei mir ein. Die Dienstmädchen musternd, fiel mir besonders das eines, dem Neufahr nach sehr gebildeten Mädchens auf, welches bisher stets sehr gute Zeugnisse hatte, nur das letztere, aus der Stelle eines Herrn Hofraths erhaltene, schändete ihr Buch so, daß es sehr schwer für sie sein dürfte, eine Stelle darauf zu bekommen. Lügenhaft, träge und Anderes mehr war darin enthalten. Auf mein Befragen, wie sie zu diesem Zeugnisse gekommen sei, erhielt ich zur Antwort, daß sie nicht dafür könne; täglich, vom frühen Morgen bis in die späte Nacht habe sie fleißig gearbeitet und nie es gewagt, ihre Herrschaft zu belügen oder zu hintergehen; trotzdem sei es ihr nie gelungen, die Zufriedenheit der Herrschaft zu erringen. Ich nahm dieses Mädchen an und erkundigte mich zugleich näher über diesen Hofrath und war denn auch sehr bald von der Wahrheit meines Mädchens und der unethischen Handlungsweise dieser Herrschaft vollständig überzeugt. Bereits ist nun dieses Mädchen über ein Viertel Jahr bei mir und noch nie fand ich Grund, über sie zu klagen, ich richte deshalb an Sie, geehrter Briefkastenleser, die ergebene Anfrage, wie ich solchen Herrschaften ein Fingerzeig zu geben, damit sie ferner beim Zeugnis-ausstellen bedächtiger und gerechter handeln und nicht den Dienstmädchen es ohne Grund erschweren, wieder eine Stelle zu finden?“ Die Beantwortung der Frage interessiert uns hier nicht. Allerdings haben den Dienstmädchen in einem solchen Falle ja auch geistliche Mittel und Wege zu Gebote, um ihr Recht zu erlangen, aber man weiß ja, wie sich die Sachen in Wirklichkeit verhalten, — bevor manches Mädchen sich an Polizei und Gerichte wendet, erträgt es lieber eine ungerechte Behandlung, deren Folgen sich oft in schrecklicher Weise rächen. Einem armen Dienstmädchen durch Ausstellen eines falschen Zeugnisses die Möglichkeit, eine andere Stellung zu erlangen, abzuschneiden, ist gemeiner, als ihm das Brot zu nehmen, und es ist um so verwerflicher, wenn eine Herrschaft das ihr zustehende Recht, sich über die Eigenschaften ihrer Dienstmädchen schriftlich zu äußern, zu einer Art von Re-

pressionsregel degradirte, um auf diese Weise weibliche Dienstmädchen zu Handlungen zu veranlassen, die durchaus nicht zu den vielfältigen Berufspflichten eines Mädchens „für Alles“ gehören. In Dresden hat sich ein Herr Hofrath wahrscheinlich für einen erhaltenen Korb durch Ausstellung eines falschen Zeugnisses an seinem Dienstmädchen gerächt, ob das in Berlin auch vorkommt?

Die Nachfrage nach Arbeit bei den hiesigen Bauweibern nimmt mit jedem Tage zu, nachdem die Mittheilungen über die in diesem Jahre vorzunehmenden zahlreichen Bauten in die Provinz gedrungen sind. Ein großer Theil der beschäftigungslosen Bauhandwerker besteht aus Personen, welche um diese Zeit sich gewöhnlich, um auswärts kommend, in Berlin einfänden. Von unsehr Berliner Arbeitern wird ein derartiger Zug nicht günstig beurtheilt, da die auswärtigen Arbeiter gewöhnlich als „Preisverderber“ angesehen werden. Wir haben seiner Zeit übrigens darauf hingewiesen, daß gerade durch nicht zutreffende Mittheilungen der Presse, die schon vor mehreren Wochen eine ausnehmend rege Bauzeit für Berlin ankündigten, der Zug von Außerhalb nach Berlin gestoppt wurde. Die überreichten Nachrichten schädigen sowohl die Arbeiter in Berlin als auch die Fremden, freilich mögen dieselben auch nicht ohne eine gewisse Absicht in die Welt gelegt werden, denn der Ueberfluß an Arbeitskräften kommt schließlich immer dem Unternehmer zu Gute.

Die Produktendörse rechnet schon mit den verdorbenen Getreidekörnern als mit einer Thatfache. Ungeheure Quantitäten Mehl langen auf der Ostsee, der Schleißen und der Ostbahn an. Und da dieselben binnen 6 Tagen abgefahren sein müssen, so beginnen sich alle Speicher der Stadt mit Mehlkörnern zu füllen. Da die Steuer ohne Unterschied der Qualität 5 Mark auf den Saß Mehl betragen wird, so würden die Besitzer der Vorräthe ein glänzendes Geschäft machen. Vorräthe aber stockt dasselbe, da die Käufer sich völlig abwartend verhalten.

In dem Zeitungsverkauf bezw. dem Verbot derselben an Sonntagen hat sich bisher nichts geändert. Wenn auch die Polizei den Verkauf an jenen Tagen nicht allzu scharf bewacht, so kommen doch noch häufig genug Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen vor, so daß die Zeitungsverkäufer stets an dem Vorhandensein einer Einschränkung ihres ohnehin nicht beneidenswerthen Gewerbes erinnert werden. Hat das Verbot des Zeitungsverkaufs an Sonntagen auch zur Folge gehabt, daß viele Personen, welche bis dahin ihren Bedarf täglich bei den Zeitungsverkäufern deckten, auf die Zeitungen abbestellen haben und dieselben auch Sonntags ins Haus geschickt erhalten, so bleibt doch noch ein großer Theil des Publikums übrig, welcher ohne Zeitungen am Sonntag ist und welcher trotz des Verbots sich in Besitz von Zeitungen zu setzen weiß.

N. Durchgehende Omnibusse brachten vorgestern Abend gegen 10 Uhr Passanten und Fuhrwerke der Rosenthalerstraße in große Gefahr; dieselben, die vor einem Omnibus der Straße Rosenthalerthor-Botsdamerbrücke geparkt waren, waren, während bereits 3 Damen im Innern des Wagens saßen, der Kutscher selbst aber noch nicht auf dem Boche Bly genommen, scheu geworden und rissen nun die Rosenthalerstraße nach dem Hadeschen Markt entlang. Eine der Damen sprang in ihrer Angst an der Ecke der Auguststraße aus dem Wagen, brach aber sofort auf dem Straßendamm ohnmächtig zusammen. Am Hadeschen Markt erleidete ein unbekannter Herr, daß der Deck des Wagens und brachte, während andere Personen den Pferden in die Bügel fielen, durch Anziehen der Bremse das Gesicht zum Stehen. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß weiter keine Verletzungen entstanden sind.

Das Pferd eines Wagens der Berliner Paderfahrgesellschaft kam gestern Abend kurz nach 8 Uhr, den Wagen hinter sich nur an einem Scherbaum stehend — der zweite schleppte an der Seite — die Rauerstraße heruntergerollt und nahm seinen Lauf über die Friedrichstraße durch die Schützenstraße. Obgleich der Kutscher die Reine mit aller Kraft anzog, so konnte er doch nicht das durchgehende Pferd zum Stehen bringen; ebensowenig vermochte der Schaffner Bestand zu leisten, welcher zwar aus dem Wagen gesprungen war, aber den Griff der hinteren Thür nicht loszulassen vermochte und so gezwungen war, hinterher zu hüpfen bezw. zu springen. Erst nahe der Charlottenstraße gelang es mehreren beherzten Männern, dem Pferde in die Bügel zu fallen und dadurch eine heftige Karabinenlage mit einem dichtestgelegten Pferde-eisenbahnwagen zu verhindern, welcher in demselben Augenblicke jene Stelle passirte. Wunderbarer Weise ist auch vorher, trotz des regen Passantenverkehrs, kein Unglück herbeigeführt worden.

N. Unvorsichtiges Abbringen von der Pferdebahn hat gestern Mittag in der Schönbergerstraße wiederum einen sehr bedauerlichen Unglücksfall herbeigeführt. Einer der Fahrgäste, ein älterer Herr, versuchte um die angegebene Zeit, um seinen herabgefallenen Regenschirm aufzuheben, von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen herabzuspringen, fiel jedoch dabei so unglücklich zur Erde, daß er aus einer Kopfhaube heftig blutend auf dem Pflaster liegen blieb; der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustande in ein Haus der Schönbergerstraße geschafft und sodann, nachdem ein hinzugerufener Arzt einen Nothverband angelegt, in ein Krankenhaus geschafft.

N. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Nachmittage in der Pappelallee, und zwar vor dem Hause Nr. 7. Dieselbst war beim Abfahren von Neu ein Arbeiter beschäftigt, als ein Hundebündel vom Wagen abrutschte und er mit diesem von oben herunter zur Erde stürzte. Der Verunglückte erlitt bei dem Fall eine starke Verletzung der Wirbelsäule, so daß er auf polizeiliche Anordnung per Krankenwagen nach dem städtischen allgemeinen Krankenhaus überführt werden mußte.

N. Selbstmord. Durch einen Sprung ins Wasser machte vorgestern Abend ein junger 40jähriger Mann, der späterhin als ein in der Grimmstraße wohnender Herr Schulz rekonnostrirt wurde, seinem Leben ein Ende. Derselbe sprang von der Hofstraßen-Brücke herab in die Spree. Trotzdem sofort Rettungsversuche angestellt wurden, gelang es nur, den Lebensmüden als Leiche ans Land zu ziehen. Bis zur Ankunft des polizeilich requirirten Krankenwagens wurde die Leiche in dem Hausflur des Hauses Friedrichstraße 13 niedergelegt, von wo aus sie nach dem Obduktionshause bezugs gerichtlicher Obduktion geschafft wurde.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Tapezier-Gehilfenschaft Deutschlands! Werthe Kollegen! Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tapezier hat in seiner letzten Sitzung mit Zustimmung der Lohnkommission einstimmig beschlossen: Den auswärtigen Tapezier-Verbänden, soz. mit deren Adressen bekannt sind und der gesammten Gehilfenschaft überhaupt schon jetzt bekannt zu geben, daß wir um der großen Arbeitslosigkeit zu steuern, sowie um eine allgemeine Besserstellung der Gehilfenschaft, die nichts weniger als beneidenswerth ist, herbeizuführen, bereits seit Oktober v. Jrs. in der Lohnbewegung stehen und beabsichtigen, demnächst mit unseren Forderungen: Eintheilung der Regel resp. Verlängerung der Arbeitszeit, sowie Erhöhung des St. und Arbeitslohnes an unsere Arbeitgeber heran zu treten. Wir rufen deshalb an die Vorstände der Tapezier-Gehilfenschaft Deutschlands schon jetzt die dringende Bitte: Sowie sie ihren Einfluß geltend machen können, den Zug nach Berlin möglichst fern zu halten. Wir hoffen außerdem, daß, wenn diese Bewegung größere Dimensionen annehmen sollte und unsere Mittel bis zum endgiltigen Siege nicht ausreichen sollten, wir nicht vergebens an die Solidarität der auswärtigen Kollegen appelliren werden.

Wir beabsichtigen außerdem zum 1. April d. J. eine Tapezier-Fachzeitung, Organ der Tapezier-Gehilfenschaft Deutschlands, herauszugeben und haben das feste Vertrauen, daß dieses Fachblatt überall freundlich begrüßt und durch zahlreiches Abonnement eventuell auch „Unterstützung zur Gründung“ dieses Unternehmens gefördert wird. Sodann geben wir den auswärtigen Vereinen anheim, zu erwägen: Ob es nicht schon jetzt an der Zeit sei, eine Zentralisation sämtlicher Tapezier-Vereine Deutschlands herbeizuführen. Zuletzt noch die Mitteilung, daß unser erstes Stiftungsfest am Sonnabend, den 7. März, Abends 8 Uhr, in der Tonhalle zu Berlin stattfindet. Dasselbe besteht in einer offiziellen Feier mit Ball und würden wir es uns zur ganz besonderen Ehre rechnen, Deputationen auswärtiger Tapezier-Vereine in unserer Mitte zu haben. Indem wir die Herren Vorstände, sowie sämtliche Herren Kollegen um die größtmögliche Publikation dieses Aufrufs bitten, ersuchen wir, genaue Adressen, sowie sämtliche Korrespondenzen in allen angeführten Angelegenheiten an den unterzeichneten Vereins-Vorsitzenden richten zu wollen. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck gebeten. Berlin, den 10. Februar 1885. F. A. des Vorstandes: C. Wildberger, Grätzelstraße 77/79.

**Die vereinigten Weber von Romawes** erlassen folgenden Aufruf: An alle Arbeiter Deutschlands! Genossen, wir sehen uns veranlaßt, mit folgendem Nothschrei über unsere Lage in die Öffentlichkeit zu treten, damit Jedem Gelegenheit gegeben ist, über unsere drückenden Verhältnisse Aufklärung zu geben. Unsere Lage ist von jeher eine derartige gewesen, daß es selbst dem besten Arbeiter bei andauerndem Fleiß und reger Thätigkeit größtentheils nicht möglich gewesen ist, durch seine Hände Arbeit so viel zu erwirtschaften, als für sich und seine Familie zur Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Seit Jahren sind die Artikel, welche am hiesigen Plage angefertigt werden, stets der Mode unterworfen, sie können daher nicht auf Lager gearbeitet werden, weshalb sich die Fabrikation dieser Modartikel eben auf eine kurze Zeit im Jahre beschränkt. Hierdurch ist natürlich während einer kurzen Zeit Arbeit öfters in ausreichendem Maße vorhanden, dagegen herrscht in der übrigen Zeit ein Arbeitsmangel, daß Verhältnisse der traurigsten Art eintreten. Um Euch nun ein Bild über unsere Lohn- resp. Arbeitsverhältnisse zu geben, führen wir nachfolgend einige Beispiele an: In den vergangenen zwei bis drei Sommermonaten erhielten wir für Sotin („Winterwaare“) 40–50 Pf. per Meter, ein mittelmäßiger Arbeiter macht per Tag 4 Meter = 1,60–2 Mark. Während der übrigen 9 Monate des Jahres erhalten wir nur 20–25 Pf. per Meter = 80–100 Pf. Lohn per Tag. Für Kammgarn (Soleistoff) wird in den Sommermonaten 1,10–1,40 Mark per Meter gezahlt. Von diesem Stoff kann ein Arbeiter nur 2 1/2 Meter per Tag fertigmachen, das bedeutet einen Verdienst von 2,75 bis 3,50 Mark per Tag, die übrigen 9 Monate werden nur 55 bis 65 Pf. per Meter gezahlt. Hierzu ist nun zu bemerken, daß zur Anfertigung des letztgenannten Stoffes ein bedeutender Aufwand von körperlicher Kraft erforderlich ist, so daß der größte Teil der Arbeiter überhaupt nicht im Stande ist, diesen Stoff anfertigen zu können. Ferner muß bemerkt werden, daß von den angegebenen Löhnen ein Webergeselle nur 1/2 erhält, das andere Drittel behält der Meister für den Stuhl, Handwerkszeug, Spulen, Vorrichtungen ein, außerdem bezahlt der Geselle von jeder Waare 4 Pf. Porto für Beförderung der Waare. Oftmals wird dieser Lohn durch Abzüge von Fabrikanten bis zur Hälfte reduziert. Diese Thatsachen werden genügen, um den Beweis zu liefern, daß dem bei uns herrschenden Nothstande abgeholfen werden muß, es ist uns nur unter großen Anstrengungen gelungen, uns zur Aufbesserung unserer Lage zu vereinigen. Wir haben uns bereits mit den Herren Fabrikanten in Verbindung zu setzen gesucht, um auf gültigem Wege in Gemeinschaft mit ihnen das zu erwirken, was wir für unbedingt nöthig halten. Der Versuch ist leider als gescheitert zu betrachten. Schon zu Ende vorigen Jahres traten wir mit ganz bescheidenen Ansprüchen an die Fabrikanten heran, indem wir einen Zuschlag von nur 10 Prozent des niedrigen angegebenen Lohnes erbat. Die Herren Fabrikanten konsultierten selber, daß ein Arbeiter bei den bis jetzt gezahlten Löhnen nicht existieren kann. Ein Teil dieser Herren erklärte sich bereit, den geforderten Lohnzuschlag zu zahlen, zu unserem größten Bedauern sind sie jedoch ihrem uns gegebenen Versprechen nicht nachgekommen. Herr Fabrikant Friedländer hatte sich später sogar erboten, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, und zwar mit der Bedingung, einen höheren Lohnzuschlag einzureichen, da der erste in seinen Augen ein viel zu geringer war. Dieser Herr hat also seine Schuldigkeit gethan, sein Bemühen ist aber wegen zu geringer Theilnahme der übrigen Fabrikanten nicht von Erfolg gewesen. Wir sehen uns nun infolgedessen veranlaßt, energisch unsere gerechten von den Herren Fabrikanten selbst nicht zu hoch anerkannten Lohnforderungen

durchzusetzen. Es ist deshalb beschlossen, bei verschiedenen Fabrikanten die Arbeit einzustellen. Genossen, Kollegen, Arbeiter, Handwerker!! In Vorstehendem haben wir Euch unsere Lage, wie sie in Wirklichkeit ist, vorgeführt, ein jeder unter Euch wird unseren gerechten Kampf zu unterstützen suchen. Vor allen Dingen brauchen wir, um unsere Sache siegreich durchzuführen, zur Unterstützung unserer streikenden Kollegen Geld! und ersuchen wir Euch allerorts Geldsammlungen zu veranstalten, namentlich aber legen wir es allen Fachvereinen dringend ans Herz, uns thätig zur Seite zu stellen, mit dem Bemerkten, Euch bei gleichen vorkommenden Fällen treu zur Seite stehen zu wollen. Mit kollegialischem Gruß der Vorstand der vereinigten Weber. F. Kuffow, Vorsitzender. C. Wille, Stellvertreter. A. Frick, Schriftführer. D. Oeffe, Stellvertreter. C. Sarnow, Rentant. Neumann, Beisitzer. Bernick, Beisitzer. C. Ribbeck, Revisor. A. Altmann, Revisor. NB. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Aufnahme dieses Artikels gebeten. Alle Geldsendungen sind an den Rentanten, C. Sarnow, Wilhelmstr. 41, Romawes, zu senden, worüber seiner Zeit öffentlich Rechnung gelegt wird.

**Vereine und Versammlungen.**

1. Die von ca. 500 Delegirten besuchte Versammlung der Werkstätten-Delegirten der Tischler erlebte am Dienstag Abend unter Leitung des Herrn Ködel im regelmäßigen Versammlungsorte, Alte Jakobstr. 37, eine sehr reichhaltige und wichtige Tagesordnung. Zunächst machte Herr Ködel Mittheilung von dem Antwortschreiben des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten auf die von der Kommission demselben unterbreitete Denkschrift, betreffend das Submissionsverfahren bei staatlichen Bauten, welches folgenden Wortlaut hat: „Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Die von Ew. Wohlgeboren unter dem 12. v. Mts. uns vorgelegte Denkschrift über die Mängel und Schäden des jetzigen Submissionsverfahrens bei staatlichen Bauten nebst Vorschlägen zur Abhilfe derselben habe ich mit Interesse entgegengenommen und spreche Ihnen für Ueberreichung derselben meinen Dank aus. Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Im Auftrage: Schneider. An Herrn Ködel.“ — Die Kommission erachtet dieses anerkennende Schreiben als einen erfreulichen Erfolg, da von vornherein nicht angenommen werden konnte, daß auf die einzelnen gemachten Vorschläge näher eingegangen werden würde und beabsichtigt, auch dem Magistrat eine Denkschrift zu unterbreiten bezugs Abänderung des städtischen Submissionsverfahrens, da sich auch hier namentlich bei den sogenannten Schulbauten, erstliche Mißstände herausgestellt haben. — Zum zweiten lag den Delegirten die Frage vor: Können wir für sogenannte antike Kastenmöbel einen Minimallohn tarif aufstellen. Herr Ködel befürwortete mit Wärme die Aufstellung eines Tarifes, da die verschiedenen Arbeiten in den betr. Fabriken fast durchgängig nach einer Skizze verfertigt werden, die Arbeitelöhne aber sehr von einander abweichen und auch Herr Ködel hielt die Lösung dieser Frage durch einen derartigen Lohn tarif für möglich. Dasselbe gilt für die Regelung der Arbeitelöhne in der Branche der Nähmaschinen-Modellschüler und Sargtischler. Des Weiteren erstattete Herr Ködel Bericht über die Arbeitelohnstellung in der Bettstellen-Fabrik von Baschin, Frieden-Str. 53, sowie über die Arbeitelohnstellung in der Tischlerei von Stahl, Elisabeth-Str. 31 (Spezialität für Tische). Namentlich die in letzterer Werkstätte zu Tage getretenen Zustände liefern eine drastische Illustration zu den in manchen Tischlereien noch immer herrschenden Verhältnissen. Dem Bericht zufolge sind bei Stahl ca. 16 Personen, Tischler, Bildhauer, Polier etc. beschäftigt. Von einer Innehaltung des Programms der Berliner Tischler ist gar keine Rede (!). Lohn wird nur ratenweise gezahlt (!), so weit, als das Geld reicht, sofort überhaupt etwas vorhanden ist. So wurden am letzten Sonnabend einzelnen Arbeitern 10 M., anderen 8, 7, 6 M. Kostgeld gezahlt, Verschiedene mußten sich mit 2 und 1 M. begnügen, die Letzten erhielten gar nichts. Das Geld war einfach zu Ende. Auf Vorhalten des Herrn Ködel erklärte Herr Stahl, er möchte ja seinen Gefellen sehr gern das zugesicherte Kostgeld von 18 M. zahlen, wenn er nur Geld hätte, er könne sich doch aber unmöglich etwas aus dem Kessel schüttele. Wie unter solchen Verhältnissen gearbeitet wird, d. h. die Qualität der verfertigten Waare beschaffen ist, ist leicht ersichtlich. Daß derartige Mißstände und ähnliche trotz der soweit vorgeschrittenen Tischlerbewegung noch sehr häufig vorkommen, bewies die große Anzahl von Werkstätten, welche von Delegirten namhaft gemacht wurden und deren Unregelmäßigkeiten öffentlich diskutiert wurden. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten fand die Wahl eines Kassiers für die Zahlstelle 6 statt, und fiel dieselbe auf Herrn Blossi, der hiermit zugleich Mitglied der Kommission wird. Derselbe ist

Vertreter der Billardsfabrik von Reubus. — Zum Schluß noch Herr Hildebrandt, Mitglied der Strickkommission, Knopfmacher das Wort, um den Sieg der Markterlöse weiter zu verkünden und um weitere Unterstützung zu bitten. Die Delegirten erklärten sich in einer gefassten Resolution namens der Berliner Tischler mit den streikenden Knopfmachern solidarisch und bewilligten 200 Mark zur Unterstützung derselben.

h. Der Fachverein der Metallarbeiter in Gäß, Berlin und Dampfmaschinen nahm, wie wir in Ergänzung des in anderer Stelle gegebenen Berichtes mittheilen, in seiner am 7. d. M. abgehaltenen Versammlung auch einstimmig einen Vorstands-Antrag auf Ausschließung der Herren Albrecht, Ring, Hauche, Duth, Kirschstein, Kurz, Krole und Wiede vom Verein an. Die Motive des Antrages basiren auf der Beschuldigung, daß die Genannten, welche bisher Mitglieder des Vereins waren, durch ihr gelegentlich des vertriehenen Strickes in der Joseph'schen Armaturenfabrik betheiligtes differentes Verhalten, indem sie nach Proklamirung des Streiks in jener Fabrik weitergearbeitet oder in Arbeit getreten, die Pflichten der Solidarität verletzten und den Verein zu zweifelhafte Disziplin wurden diese Anschuldigungen von allen Rednern als wohl begründet dargestellt und man sich ausnahmslos für den beantragten Ausschluß aus. Ferner erlebte der Verein mehrere innere Vereinsangelegenheiten, als Kommissionswahlen u. dgl. Die nächste Versammlung findet am 7. l. M. statt.

h. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Tapezierer wählte in seiner gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9. d. M. bei Grottel unter dem Vorsitze des Herrn Wildberger, nach kurzer Diskussion eine aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission, welche der nächsten Versammlung Vorschläge über die Angelegenheiten vorlegen soll, unter denen sich der Verein an dem gemeinsamen Tapezierer-Fachorgan betheiligen könnte, beziehungsweise die Stellung derselbe dem zu gründenden Blatte gegenüber einzunehmen hätte.

Eine Mitglieder-Versammlung der Allgemeinen deutschen Kranken- und Begräbniskasse für Weber, Spinner, Färber und Arbeiter in verwandten Gewerben, beiderlei Geschlechts, E. G., findet Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Saale Saegers Restaurant, Grottel-Str. 29, statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Wahl von Kassirer, 3. Innere Angelegenheiten. Statuten sowie nicht abgeholte Mitgliedsbücher sind in Empfang zu nehmen.

Eine Versammlung der freien Vereinigung der Arbeiter und Fachgenossen findet am 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Scherer, Inselstr. 10, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist der wichtigen Tagesordnung halber dringend gewünscht.

Die Krankenversicherung der jungen Kaufleute die Bedeutung der Nationalen kaufmännischen Krankenkassen-Etablisse für dieselben“ lautet die Tagesordnung einer am Abend 8 1/2 Uhr in Schultze's Brauerei, Neue Jakobstr. 11, stattfindenden öffentlichen Versammlung der Kaufleute des Reiches, dem sein eigenes Wohl am meisten liegt, ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die hiesige freireligiöse Gemeinde veranstaltet am laufenden Quartal im Louisenstädtischen Konzerthaus, Jakobstr. 37, Donnerstags in 14 tägigen Zwischenräumen eine Reihe von Abendvorträgen, in denen wesentlich Positive in der monistischen Weltanschauung nachzuweisen werden soll. In der nächsten Versammlung, Donnerstag, 12. Februar, Abends 8 Uhr, behandelt Herr Schuler das Thema: die priestliche Zeugung der Selbsterlösung des Menschengeschlechts. Zutritt steht Jedem frei. Gesangverein Borax, Donnerstag Drantienstr. bei Braun, Abends von 8 1/2–10 1/2 Uhr, Uebungsstunde.

**Briefkasten der Redaktion.**

Strahnenabonnent, Moritzplatz. Die polytechnischen Schulen nehmen junge Leute mit verschiedener Vorbildung ebenso wie das Hören an der Universität nicht aus dem Gymnasial-Abiturienten gefaßt ist. Wer aber ein Examen des Polytechnikus ablegen will, muß das Gymnasium oder Realschule 1. Ordnung besuchen. Die „Fachschulen“ der polytechnischen Anstalten sind aus denen von geringerer Vorbildung zugänglich. Unwissender. Die Militärpflicht beginnt am 1. Januar des Jahres, in welchem der Wehrpflichtige sein 20. Geburtstag vollendet. Die Anmeldung zur Stammrolle muß in dem Jahr vom 15. Januar bis 1. Februar erfolgen. Wenn dies noch nicht gethan haben, so ist es jetzt die allerhöchste Zeit.

**Theater.**  
**Königliches Opernhaus.**  
 Heute: Die Walküre.  
**Königliches Schauspielhaus.**  
 Heute: Die Karolinger.  
**Deutsches Theater.**  
 Heute: Fiesko.  
**Bellevalliance-Theater.**  
 Heute: Der Salontrottel.  
**Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**  
 Heute: Gasparone.  
**Central-Theater:**  
 Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.  
 Heute: Der Waiser-König.  
**Residenz-Theater:**  
 Direktion Anton Anno.  
 Heute: Die Ehrensoldaten. Hierauf: Die Schulleiterin.  
**Walhalla-Operetten-Theater:**  
 Heute: Der Feldprediger.  
**Louisenstädtisches Theater:**  
 Heute: Madin, oder: Die Wunderlampe.  
**Ostend-Theater:**  
 Heute: Der Prinz von Monte Plasco.  
**Wallner-Theater.**  
 Heute: Die Sorglosen.  
**Victoria-Theater.**  
 Heute: Sulfurina.  
**Alhambra-Theater.**  
 Heute: Die Schule des Lebens.

**Arbeitsmarkt.**  
 Ein tüchtiger Cigarrenmacher nach Außerhalb w. verlangt. Zu erfragen bei Frau Clemens, Gartenstr. 13, 5 Tr. 273  
 2 Lehrlinge f. m. Posamentier u. Wäsche-Geschäft mit Vergütung verlangt pr. 15. d. M. 274  
 Siegmund Berger, 65 Alte Jakobstr. 65.  
**Zur gest. Kenntnissnahme!**  
 A. de Néve's Special-Liste für kaufmännische Vacanzen erscheint wöchentlich 3 Mal Barnimstr. 42 I.  
 Eine freundl. Schlafstelle Anhaltstraße 16, Habicht. 280

**Berein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer.**  
**Großer Wiener Maskenball**  
 am Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, Chausseestraße 88 im Cirkeller.  
 Sämtliche Maurer sind hiermit eingeladen. — Billets für Herren 50 Pf., für Damen 25 Pf.  
 Billets sind zu haben: Dertel, Schleißstr. 12, 1 Tr.; Scheel, Fehrbellinerstr. 70, 3 Tr.; Weimann, Blumenstraße 51 b, 3 Tr.; Wittwer, Sossenerstr. 27, 3 Tr.; Paesch, Admiralstr. 28, 3 Tr. 275

**Größtes Lager sämtlicher Bedarfsartikel für Herren-Kleidermacher.**  
**En gros. Versand-Geschäft. En détail.**  
 Nach beendeter Inventur verlaufe auch im Einzelnen zu Engros-Preisen und gebe bei größeren Einkäufen Vereinbarung extra Rabatt.  
**Spezialitäten:** Italien-Cloth, echt schwarz, Meter 1.50, 1.80, 2.00, 2.25, 2.50–2.75.  
 Nermelfutter, elegante Muster, Meter 0.30, 0.40, 0.45, 0.50, 0.60, 0.70, 0.75–1.00.  
 Röper, Shirting, Zwischensutter, Taschen-Kadul, Meter 25, 30, 35, 40, 50–60 Pf.  
 Battirungs- und Dosenleinen, Meter 40, 45, 50, 60, 70–75 Pf.  
 Vorten elegant, Robair, Cachemir und Seide, Meter von 6–30 Pf.;  
 Vorten bei Abnahme von Stücken extra 10 pSt. Rabatt.  
 Schnallen, Haken u. Dösen, Laßing- und Steinnußknöpfe jeder Art, sowie Rieth- und Metallknöpfe, Knöpfe, Chappe, Seide, Garne, Zwirne u. Baumwolle etc. etc. zu Original-Fabrik-Preisen.  
 Die angekauften Reste von Futterstoffen, Cloths, Leinen, Sommerdrells, baumw. Stoffen, Anzugstoffen etc. werden bedeutend unter dem Kostenpreise ausverkauft.  
 Neuheiten in weißen und bunten Westentstoffen zu sehr billigen Preisen empfiehlt

**Siegmund Berger, Berlin S., 65 Alte Jakobstraße 65.**  
**Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail**  
**Fritz Goercki**  
 Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)  
 Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake.  
 Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarretten und Tabake.  
 (Echt Nordhäuser Raustabak)

Allen Bekannten, sowie einer geehrten Nachbarin empfehle mein  
**Korbwaaren-Geschäft.**  
 Reparaturen schnell und billig.  
 229 G. Kissner, Waldemarstraße 14  
 Die Nr. 13 der humoristischen Blätter  
**„Der wahre Jacob“**  
 ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben  
 Eine möbl. Schlafst. ist sofort oder z. 1. März z. vermieten  
 277 Eich, Alte Schönhauserstr. 35, H. 1. 4